

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 306 · 26. JAHRGANG · AUSGABE 10/2020 · VOM 6. OKTOBER 2020 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Lernen, was
Demokratie ist**
Geheime Schulentwicklungsplanung

8 | **Welt-Friedenspolitik
einfordern**
Vom Weltfriedenstag in Eberswalde

12 | **Aufklären
und Handeln**
Wehrlos in die Vereinsamung?

»Demenz – wir müssen reden«

In der »Woche der Demenz« rund um den »Welt Alzheimertag« am 21. September gab es auch im Barnim, speziell in der Seniorenresidenz »Haus am Werbellinsee« in Altenhof, einige Aktivitäten.

Derzeit leben in der BRD rund 1,6 Millionen dementiell erkrankte Menschen. Wie Studien und Prognosen zeigen, steigen die Zahlen drastisch an. Bis zu 300.000 Neuerkrankungen pro Jahr werden erwartet, Tendenz steigend. Die Symptome und Einschränkungen durch eine Demenzerkrankung belasten dabei nicht nur die Betroffenen selbst. Besonders Angehörige leiden an dieser einschneidenden Lebensveränderung. Soziale Isolation und psychische Überforderung im Umfeld des Erkrankten sind daher häufig die Folge einer Demenzdiagnose, denn vielen fehlt der Mut, offen über die Erkrankung zu reden.

Die »Woche der Demenz« stand unter dem Motto »Demenz – wir müssen reden«. Wichtig ist die soziale Eingliederung von Betroffenen und Angehörigen. Den Hobbys nachgehen, im Freundeskreis aktiv bleiben oder sich in der Gemeinde einbringen. Besonders für Menschen mit Demenz ist es sehr wichtig, am sozialen Leben teilzuhaben. Auch Angehörige haben häufig das Gefühl, ausgeschlossen zu werden und nicht mehr sozial integriert zu sein.

Mehr Verständnis, aktive Miteinbeziehung und Unterstützung von Betroffenen, das sind wichtige Punkte für mehr Lebensqualität bei Demenz. Das Expertenteam vom »Haus am Werbellinsee« sorgte für kompetente Antworten.

Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem ich die Pflege nicht mehr alleine stemmen kann? Welche Möglichkeiten und Arten der Betreuung gibt es und wo finde ich Unterstützung? Dies sind nur einige der Themen, die die Angehörigen beschäftigen.

»Im Rahmen dieser Aktion machen wir uns aktiv dafür stark, Erkrankte und Angehörige besser sozial zu integrieren. Eine Demenz beeinträchtigt das Leben auf vielfältige Weise. Umso wichtiger ist es, nicht die Krankheit zu sehen, sondern die Menschen«, sagt Einrichtungsleiter Samuel Wiedebusch. Individuelle Beratung und Hilfen bietet die Einrichtung nicht nur im Rahmen der »Woche der Demenz« an, sondern sie steht auch langfristig unterstützend zur Seite (www.alloheim.de).

ADELHEID THÄNS

30 Jahre Deutsche Einheit – 30 Jahre stolz zu sein



»Wir Ostdeutsche können stolz sein, was wir in 30 Jahren aufgebaut und erreicht haben – auch für unsere Kinder. Freies Denken, freies Reisen und eine moderne Kultur sind entstanden. Weil alle mitgemacht haben. Für die Zukunft wünsche ich mir, daß wir wieder ein Zusammenleben haben, wie wir es schon einmal hatten. Miteinander und füreinander. Bleiben wir uns weiterhin treu. Bewahren wir unsere Werte, Kultur, Haltung und das typisch ostdeutsche Lebensgefühl.«

STEFAN ZIERKE,
SPD-Bundestagsabgeordneter
für Uckermark und Barnim

(siehe auch auf Seite 9)

Foto: BÜRO ZIERKE

Unerklärlich? Mitnichten!

Immer wieder kreisen meine Gedanken um den einen Punkt: Wozu und wem dient das Leben auf der Erde?

Da wird man ungefragt geboren, muß sich in der Umgebung, in die man hineingeboren oder auch hineingetragen wird, zurechtfinden. Dabei hat der eine mehr, der andere weniger Glück. Die dich umgebenden Umstände bestimmen deine Glücksgefühle. Sie kommen nicht von allein, sondern werden mit deinem Dazutun geformt. **Und das ist der springende Punkt: das Dazutun!**

Das Dazutun ist allerdings abhängig vom Umfeld, in welches man hineinwächst oder aus ihm herauswächst. Inwieweit man sich dabei formen läßt, hängt von der Lebensgeschichte ab, die schon dem ungeborenen Wesen innewohnt und das durch Erziehungseinflüsse weiter geformt wird. Die Hirnzellen sind in jungen Jahren empfänglich und prägen das Tun bis ins Alter. Dabei spielt auch die Physik der Zellen eine Rolle, wie jeder sie gebraucht oder verschleißt läßt.

Das Leben des Menschen als Kreatur der Natur ist also von vielen Faktoren abhängig. Er ist das einzige Lebewesen, das diese Faktoren selbst beeinflussen und bestimmen kann, aber nur in dem Maße, wie er die gesamte Natur begreift und nutzt. Nur im Einklang mit den Naturgesetzen, die überall und ständig wirken, wird sich das denkende Wesen, die Kreatur »Mensch«, auf der Erde behaupten und überleben können. Alle Versuche, die Naturgesetze zu überlisten, werden ihm ins Gesicht schlagen und seinen Untergang besiegeln.

Umgelegt auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Mensch selbst geschaffen hat und von denen er ein Teil ist, müssen die Naturgesetze an die gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt sein, wenn sie ihm nutzen sollen.

Geld, Politik und materielle Güter sind **keine** Naturgesetze! Sie sind menschliches Machwerk, sich über Naturgesetze zu erheben, sie zu umgehen zum Zwecke der persönlichen Bereicherung. Sie werden als Machtinstrument zur Unterdrückung und sogar Vernichtung ungeliebter Mitmenschen mißbraucht. In ihrer Unwissenheit über die Abläufe im Weltall und in der Natur auf der Erde haben sich Menschen die Existenz eines »höheren Wesens«, einen Gott, erdacht. In den verschiedenen Glaubensrichtungen richteten die »Verkünder« übergeordnete Institutionen ein, die es ermöglichten, die Gläubigen (Unwissenden) für sich und den Machterhalt auszunutzen, zu unterdrücken und wenn nötig, brutal zu vernichten.

Habgier und Genußsucht sind rein menschliche Eigenschaften, die dem Mächtigen als Handlanger dienen, mehr Profit, überschüssige und überflüssige Produktion zu Lasten der Umwelt zu erzielen. Das sind die Vernichter der Natur und aller Kultur! Und das bis ins Zeitalter des einundzwanzigsten Jahrhunderts!

2 Was müssen wir zur Überwindung dazutun?

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Für ein Atomwaffenverbot

100.000 Unterschriften, 100 Städte, bald 50 Vertragsstaaten!

Die ersten 100.000 Unterschriften für unsere Petition zum Vertrag zum Atomwaffenverbot sind gesammelt und mehr als 100 Städte haben bisher den ICAN-Städteappell unterzeichnet! (Eberswalde wurde nach dem von der Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur initiierten StVV-Beschluß vom 28. Mai als Nummer 90 in die Unterzeichnerliste aufgenommen – vgl. BBP 2-3, 5 und 7-8/2020.)

Am 21.09.2020, dem Weltfriedenstag der Vereinten Nationen (»Internationaler Tag des Friedens«), hat Dresden sich dem ICAN-Städteappell angeschlossen. Damit unterstützen nun alle Landeshauptstädte das Atomwaffenverbot! Darüber freuen wir uns natürlich ganz besonders.

Wir suchen nun nach einem Termin, um die Unterschriften an Heiko Maas zu übergeben. Beide Initiativen sind wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit auch Deutschland endlich dem Vertrag beiträgt.

Bei den Vereinten Nationen haben wir fast die notwendige Zahl von 50 Vertragsstaaten erreicht. Am 21. September – Weltfriedenstag – ratifizierte Malta als 45. Staat den Atomwaffenverbotsvertrag. Bis Jahresende müssen nur noch fünf Staaten den Vertrag ratifizieren, damit er 2021 in Kraft treten kann. Wer wird wohl der entscheidende 50. Staat sein?

Auch am Weltfriedenstag hatten wir einen Riesenerfolg auf internationaler Ebene: 56 ehemalige Staats- und Regierungschefs, Außen- und Verteidigungsminister aus 20 NATO-Staaten sowie aus Japan und Südkorea fordern eine Kehrtwende in der Atomwaffenpolitik ihrer Länder. Insbesondere rufen sie dazu auf, dem Vertrag über ein Verbot von Atomwaffen beizutreten. Darunter sind die Unterschriften vom ehemaligen Außenminister Joschka Fischer und dem ehemaligen Verteidigungsminister Rudolph Scharping.

ANNE BALZER, ICAN Deutschland

Wahl des Migrationsbeirates

Bis zum 17. November 2020 finden die Wahlen des Beirats für Migration und Integration des Landkreises Barnim in Form einer Briefwahl statt.

Für das Gremium werden neun Mitglieder gewählt. Es ermöglicht den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ohne deutschen Paß und Deutschen mit anderen Staatsangehörigkeiten die Mitwirkung an der politischen Meinungsbildung. Die Mitglieder haben die Möglichkeit,

die Kreistagsabgeordneten zu beraten und auf diese Weise die Perspektive der hier lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger in die politischen Entscheidungen vor Ort einzubringen. Die Mitglieder unterstützen Menschen unterschiedlicher Herkunft und fördern das Verständnis der Menschen im Barnim füreinander.

Dr. SYLVIA SETZKORN, Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration Barnim

Freie Wähler Barnim mit 13 Kandidaten

Zur diesjährigen Wahl des Beirates für Migration und Integration des Landkreises Barnim geht die Liste Freie Wähler mit der höchst zulässigen Zahl an Kandidaten ins Rennen.

Auf der 13-köpfigen Bewerberliste sind Kandidaten aus 13 verschiedenen Ländern vertreten. Die Vielfalt der FREIEN WÄHLER ist die Grundlage für eine bedarfsgerechte Arbeit zugunsten der Migrantinnen und Migranten. So stehen das Werben für kulturelle Vielfalt, die Förderung der Begegnung und der interreligiöse Dialog ganz oben auf der Agenda.

Die Kandidaten der FREIEN WÄHLER zur Migrationsbeiratswahl 2020 sind: Péter Vida (36, Ungarn), Elena Spangenberg (45, Rußland), Marwan Meri (59, Syrien), Agnieszka Gil-Dlugos (45, Polen), Lien Nguyen-Thi (52, Vietnam), Mehmet Bogmaci (32, Türkei), Dr. Dimitrios Totkas (58, Griechenland), Abdelkader Mohamad Ahmad al-Hadj (61, Sudan), Siniša Jestic (33, Serbien), Mohamed Taibe (29,

Palästina), Dashmir Likaj (29, Kosovo), Abdallah Mourad (24, Irak), Ella Samodumskaya (72, Ukraine).

Inhaltliche Schwerpunkte sind die schnelle Unterbringung von asylsuchenden Familien in Wohnungen sowie der Ausbau des Netzes an Deutschunterricht in allen Teilen des Landkreises. Ebenso wird für eine bessere Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse geworben.

Der Beirat für Migration und Integration des Landkreises Barnim wird direkt durch alle Einwohner mit ausländischem Paß für 4 Jahre gewählt. Als bisher stärkste Liste streben die Freien Wähler auch bei der diesjährigen Wahl am 17. November ein gutes Ergebnis an. Der neugewählte Beirat konstituiert sich noch in diesem Jahr und darf 2 Delegierte in den Migrations- und Integrationsrat des Landes Brandenburg entsenden.

PÉTER VIDA

DER VERGLEICH DES STAATS MIT EINER MELKMASCHINE IST TATSÄCHLICH VIEL TREFFENDER: »SCHLIEßLICH VERPFLICHTET DER STAAT MIT ABZÜGEN AUS DEN REVENUEN ALLER KLASSEN DEREN ANGEHÖRIGE DAZU, WEITER ALS DIESE ZU FUNKTIONIEREN, AUCH WENN ES IHNEN MEISTENS NICHT GUTTUT.«

REINHARD LAUTERBACH in Junge Welt vom 1./2.8.2020

Lernen, was Demokratie ist

Schulentwicklungsplanung in Eberswalde

Mit dem Grundstückserwerb an der Eberswalder Straße und einer geplanten Oberschule auf diesem Standort, gewinne die Barnimer Kreisstadt doppelt, wird Baudezernentin Fellner in der lokalen Tageszeitung zitiert. Nein, sie hat dreifach gewonnen, nämlich drittens: Einsicht. Aber das wird nicht so gern zugegeben.

Die Einsicht müßte darin bestehen, daß man mit dem Abriß von 5 Schulen in Eberswalde Riesenfänger gemacht hat.

Fehler macht im Leben ein jeder. Und aus Fehlern lernt man dann auch. Aber als am 25. April 2006 die Schüler der Albert-Einstein-Schule in einer mächtigen Demonstration mit der Forderung zum Verbleib der Schule zum Schulamt und zum Rathaus gezogen sind, war hinreichend Anlaß zum Nachdenken gegeben. Ein zehntägiger Schulstreik aller Einstein-Schüler vom 10. bis zum 19. Mai 2006 mahnte die Stadt nachdrücklich, die Einsteinschule zu erhalten. Und schließlich wurden die Stadtverordneten am 1. Juni 2006 von demonstrierenden Schülern vorm Tagungsort aufgefördert, die Einsteinschule nicht zu schließen.

Aber alle politisch Verantwortlichen erwiesen sich als lernunfähig und/oder nicht bereit,

des Volkes Willen zur Grundlage ihres Handelns zu machen. Wenn nun – nach 14 Jahren – eine andere Erkenntnis gewonnen wurde und Ersatz für abgerissene Schulen geschaffen werden soll, dann wäre zuerst das offene Eingeständnis der seinerzeitigen Fehlentscheidung und eine Entschuldigung dafür erforderlich, daß eine Schulpolitik gegen die Interessen der Bürger von Eberswalde verfolgt wurde.

Dem entgegen werden auch jetzt wieder schulpolitische Entscheidungen ohne Mitwirkung der Bürger getroffen. Noch ehe ein Konzept zur weiteren Schulentwicklung vorgelegt, demokratisch beraten und beschlossen wurde, wird ein Grundstück erworben und zur schulischen Nutzung vorgesehen. Darüber mußte Stillschweigen geübt werden, weil es mit dem Verkäufer so vereinbart wurde. Was das Volk, die Wähler wollen, das interessiert nicht bzw. muß hinter die Schweigepflicht zurückgestellt werden.

Lernen ist im Barnim und in Eberswalde sehr wichtig. Besonders wichtig ist, daß die gewählten Vertreter und die Angestellten von Stadt und Landkreis lernen, was Demokratie ist.

ALBRECHT TRILLER

Neue Oberschule in Eberswalde: Hinfällige Prognosen

Eberswalde (bbp). Am 11. September erschien auf der städtischen Internetseite in der Rubrik Aktuelles eine Mitteilung, wonach »auf dem Areal an der Eberswalder Straße, wo zuletzt Arbeitsamt und Finanzamt beheimatet waren, ... ein neuer Oberschul-Standort entstehen« soll. In der Mitteilung heißt es: »Der Landkreis Barnim übt zusammen mit der Stadt Eberswalde einen Schulterschuß aus, um das Projekt gemeinsam voranzutreiben. Zunächst wurde die Liegenschaft durch den Landkreis erworben.«

Im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen fragte der sachkundige Einwohner Gerd Markmann, durch wen und wann beschlossen wurde, daß Stadt und Landkreis das Projekt eines neuen Oberschul-Standortes gemeinsam vorantreiben. Sozialdezernent Prof. Dr. Jan König sagte, daß die Stadtverordneten in ihrer nichtöffentlichen Sitzung am 28. Mai 2020 einen entsprechenden Beschluß gefaßt haben. Die Stadt unterstütze den Landkreis insbesondere bei der Planung. Finanzielle Auswirkungen auf den Stadthaushalt, so eine weitere Frage, gebe es durch die Errichtung des neuen Oberschul-Standortes an der Eberswalder Straße nicht.

»Wie vereinbart sich«, lautete die dritte Frage, »das Vorantreiben des Projektes zur Entstehung eines neuen Oberschul-Standortes mit der in den vergangenen Jahren vorangetriebenen Zerstörung von Schulstandorten im Brandenburgischen Viertel und in Finow-Ost?«

Dazu erklärte der Dezernent, daß die damaligen Entscheidungen anhand der damals vorliegenden Prognosen gefällt worden seien. Aber »die Welt dreht sich weiter, immer schneller, und Prognosen werden hinfällig«. Ob es tatsächlich neue Prognosen gibt und wie darüber in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung informiert und diskutiert wurde oder wird, blieb unerwähnt. Jedenfalls widerspricht die Planung den Aussagen des Kita- und Schulentwicklungsplans 2017 -2022 und auch den Erkenntnissen des Evaluierungsberichtes vom Dezember 2019.



FOTO: GERD MARKMANN

25.4.2006: Schüler-Demo gegen die Schließung der Albert-Einstein-Schule.

Schulen gehören ins Wohngebiet

Die Verwaltungen der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim kooperieren auf vielen Gebieten miteinander. Jüngstes Beispiel ist der geplante Neubau einer Oberschule in der Eberswalder Straße, dort, wo einst Arbeits- und Finanzamt in den Gebäuden mit den farbigen Glasfassaden residierten.

Überraschend sind an dem Schulneubau vor allem die Tatsachen, daß erst vor einigen Jahren insgesamt fünf Schulgebäude im Brandenburgischen Viertel und in Finow-Ost der Abrißbirne zum Opfer fielen, der gültige Schulentwicklungsplan die Errichtung einer weiteren Oberschule im Nordbarnim ausdrücklich

verneint und der jüngste Bericht zur Schulentwicklung konstatiert, daß die tatsächlichen Schülerzahlen 2018/19 der Jahrgangsstufe 7 die Prognose deutlich unterschreiten.

Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, daß die Diskussionen und Entscheidungen in dieser wichtigen Angelegenheit bisher außerhalb der Öffentlichkeit stattfanden.

Eine neue Schule in der Nähe des Brandenburgischen Viertels würde die Entwicklung des Ortsteils zweifellos beflügeln. Allerdings ist die Standortwahl suboptimal.

Schulen gehören ins Wohngebiet. Die Flächen, auf denen einst die Gebäude der

Schwärzeseer- und der Albert-Einstein-Schule standen, wären für einen Schulneubau prädestiniert. Eine Integration des an dieser Stelle geplanten Hortneubaus einschließlich nötiger Erweiterungen der Grundschule sowie gegebenenfalls die Einbeziehung weiterer Flächen wären bei entsprechender Abstimmung gewiß möglich.

Wir fordern den Bürgermeister auf, die entsprechende Diskussion unter größtmöglicher Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner zu organisieren.

MIRKO WOLFFGRAMM, Stadtfraktion
Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur

Panketal: Kita-Schwimmen

Auf Initiative von BVB/Freie Wähler Panketal erhielt die Gemeindeverwaltung im September den Auftrag, die Einführung eines Frühschwimmerangebotes im Bereich der Kindertagespflege in Panketal zu prüfen.

»Die Gemeindeverwaltung prüft«, heißt es in dem Gemeindebeschluss, »inwiefern nach Bernauer Vorbild Frühschwimmerkurse im Bereich der kommunalen und in freier Trägerschaft stehenden Kindertagesstätten und der Kindertagespflege zentral organisiert werden können. Es wird eine Umsetzung für die Sommerkurse 2021 angestrebt.« Sollten Eltern der Gemeinde Leistungen nach SGB XII beziehen, trägt die Gemeinde die anfallenden Kosten des Schwimmkurses für das Kita-Kind. Die übrigen Eltern erbringen die anfallenden Gebühren selbst. Der Transport der Kinder zum Schwimmkurs soll durch die jeweilige Kita organisiert werden. Ziel des Schwimmkurses ist die Erlangung des Seepferdchens. Desweiteren soll geprüft werden, inwiefern als interkommunales Projekt gemeinsam mit Panketals Nachbarkommunen eine Erweiterung der Schwimmhallenkapazitäten realisiert werden kann.

Hintergrund des Antrages ist das sehr überschaubare Angebot an Schwimmkursen in Panketal. Eine Anmeldung ist zumeist mit langen Wartelisten verbunden und erfordert viel Geduld und Zeit der Eltern. In der frühkindlichen Erziehung wird es Eltern immer wichtiger, ihre Kinder mit dem rechtzeitigen Verhalten im Wasser vertraut zu machen. Ein sicherer Umgang mit Wasser bzw. der Bewegung darin ist somit ein essentieller Ansatz zur Gefahrenprävention. Eine Bündelung über die Gemeinde entlastet die Eltern und führt zudem zu einem bedarfsgerechten Ausbau des Angebotes seitens der Betreiber.

Unserem Antrag wurde mit großer Mehrheit in der Gemeindevertretung zugestimmt. Es bleibt zu hoffen, daß die Verwaltung die notwendigen Schritte unternimmt, um dem Wunsch vieler Eltern sowie der Gemeindevertretung schnellstmöglich gerecht zu werden.

CLEMENS HERRMANN, ANDRÉ MEUSINGER, CHRISTIANE HERRMANN

Der Glanz der Unsichtbaren

Am 9. Oktober, um 19.30 Uhr, zeigt der Verein Kulturhaus Heidekrug 2.0 (Brunoldstraße 1 in Joachimsthal) den französischen Film »Der Glanz der Unsichtbaren« – eine beglückende Komödie, die soziale Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Humor verbindet. Das L'Envol, ein Zentrum für obdachlose Frauen, ist von Schließung bedroht. Den Sozialarbeiterinnen bleiben drei Monate, um die Frauen wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Für ihre Schützlinge tun sie alles: Strippenziehen, Notlügen, Schwindeleien... Ab jetzt ist jedes Mittel recht!

RUTH BUTTERFIELD

Bürgerbeteiligung in Lindenberg

»Der Ortsbeirat Lindenberg lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu einem Workshop am 30. Juli in das Ortszentrum Lindenberg ein«, hieß es in einem kleinen Beitrag des Amtsblattes. Doch die Infokästen des Ortsteils blieben leer. Auch auf der Internetseite der Gemeinde Ahrensfelde war kein Veranstaltungstermin verzeichnet.

Aktive und digitale Bürgerbeteiligung bietet klare Chancen und weite Verbreitung, Transparenz und Offenheit sind dabei das Gebot der Stunde. Der Ortsteil Lindenberg hat sich in den letzten Jahren entwickelt und viele neue Einwohner begrüßen dürfen. Nun soll es weitergehen. Schon im November 2019 wurde der Ortsbeirat über die Vorhaben eines Investors,

31 Hektar zu entwickeln, informiert. Im Januar 2020 folgte der Vorschlag eines zweiten Investors über weitere 8 Hektar. Bei dieser rasanten Entwicklung dürfen Infrastruktur und Naturschutz nicht auf der Strecke bleiben.

In der ersten Phase des Achsenentwicklungskonzeptes Ahrensfelde-Werneuchen erfolgte die Bestandsanalyse über das planerische Potential für Wohnsiedlungsentwicklungen. In der zweiten Phase können alle Interessierten eigene Ideen, Vorstellungen und Hinweise zur Zukunft des Achsenraums in die Konzepterstellung, über den Zugang einer Beteiligungsplattform <https://adhocracy.plus/achsenkonzept/einbringen>.

EVELYN FREITAG,
Unabhängige-BVB/Freie Wähler Ahrensfelde

Appell an Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Barnim:

Wildwest-Zustände in Fleischbranche beenden

Die Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten fordert Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Barnim auf, in Berlin für das geplante Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischwirtschaft zu stimmen. Corona-Ausbrüche in mehreren Fleischunternehmen haben gezeigt, wohin die Mißstände führen können.

Für die überwiegend osteuropäischen Beschäftigten in Subunternehmen sind extreme Arbeitsbelastung, Lohn-Prellerei und Unterbringung in abrieftreifen Wohnungen seit Jahren an der Tagesordnung. Mit solchen Wildwest-Methoden muß endlich Schluß sein.

Das geplante »Arbeitsschutzkontrollgesetz« könne die Fleischbranche zugleich stärken: Nach Angaben der Arbeitsagentur sank die Zahl der Schlacht- und Verarbeitungsbetriebe im Landkreis Barnim innerhalb von 20 Jahren um 39 Prozent. Von 18 Betrieben im Jahr 1999 gibt es heute nur noch elf.

Diese Konzentration ist ein bundesweiter Trend, der dazu geführt hat, daß reguläre Stellen verloren gingen und Arbeiten an Subunternehmen ausgelagert wurden – zu prekären Bedingungen. Mit Hilfe des neuen Gesetzes müssen nun die Stammebelegschaften wieder aufge-

baut und muß die Mitbestimmung gestärkt werden. Das führt zu höheren Löhnen, Sozialabgaben und Steuereinnahmen.

Nach dem Gesetzentwurf des Bundesarbeitsministeriums sollen ab 1. Januar 2021 Werkverträge und ab 1. April 2021 Leiharbeit in Fleischbetrieben mit mehr als 49 Personen verboten werden. In den vergangenen Jahren sind alle Versuche gescheitert, die Branche zum Umdenken zu bewegen – weder durch freiwillige Selbstverpflichtungen und selbst mit dem Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft nicht. Das Verbot ist überfällig.

Unternehmen dürfen nun aber nicht versuchen, das Gesetz durch neu gegründete Tochtergesellschaften oder andere Schlupflöcher zu umgehen. Vom Schlachten bis zum Verpacken – alle Arbeitsschritte in der Fleischproduktion müssen von Beschäftigten erledigt werden, die direkt beim Unternehmen angestellt sind.

Das Gesetz zum Verbot von Leiharbeit und Werkvertrag ist ein erster Schritt. Als zweiten Schritt brauchen wir einen Tarifvertrag, der für alle Beschäftigten in den rund 7.700 Unternehmen der Branche gute Löhne und faire Arbeitsbedingungen absichert. Wir sind gespannt, ob die Unternehmen hierzu ernsthaft bereit sind.

Das Argument von Lobbyverbänden, die Fleischbranche sei auf Werkverträge und Leiharbeit angewiesen, um Auftragsspitzen etwa zur Grillsaison abzufedern, überzeugt nicht. Möglich wären beispielsweise auch befristete Arbeitsverträge. Besser noch: Arbeitszeiten lassen sich per Tarifvertrag und Arbeitszeitkonten regeln – wie das auch in anderen Bereichen der Lebensmittelbranche seit langem üblich ist.

SEBASTIAN RIESNER,
NGG-Region Berlin-Brandenburg.



Fotos: NGG

Wer in der Schlachtung, Zerlegung und Verarbeitung von Fleisch arbeitet, macht einen Knochenjob. Die Gewerkschaft NGG ruft Bundestagsabgeordnete aus der Region dazu auf, sich in Berlin gegen Mißstände in der Branche einzusetzen.

Fliegender Ämterumzug in Bernau


PHOTO: THOMAS TOBLER

Dieser Tage hat Bernau den großen Bahnhof vor dem neuen Rathausbau. Für die Eröffnung der ersten Ämter wurden gar am Samstag, dem 26. September, diverse große Aktenkisten heran transportiert und mit Bagger zum Fahrlift umgeladen. Nach einem kompletten Schließtag der ganzen Stadtbehörde waren Einwohnermeldeamt und Standesamt bereits am 29.9. einsatzbereit. Für alle Ämter des neuen Standorts gilt der Eröffnungstermin zu den bisher üblichen Sprechzeiten ab dem 4. Oktober.

THOMAS TOBLER

Unfallprävention zwischen Bernau und Börnicke:

Beleuchtung für den Fuß- und Radweg

Zur Prävention von Unfällen fordert die Bernauer Stadtfraktion von BVB/Freie Wähler die Realisierung einer entsprechenden Beleuchtung auf dem Fuß- und Radweg zwischen dem Ortsausgang Bernau und dem Ortseingang Börnicke.

Die meisten Radwege der Stadt Bernau sind gleich beim Bau oder Ausbau mit Beleuchtung ausgestattet worden. Warum das bei diesem Weg nicht erfolgt ist, erschließt sich nicht. Der Weg fungiert außerdem als Schulweg, weswe-

gen hier zum Wohle der Kinder erst recht nicht an Sicherheit gespart werden darf.

Wir hoffen, daß unser Vorschlag in der Sitzung der Bernauer Stadtverordnetenversammlung am 8. Oktober Zuspruch bei den anderen Fraktionen findet und seitens der Stadtverwaltung möglichst noch vor dem Winter für ausreichend Beleuchtung auf diesem Weg gesorgt werden kann.

JÖRG ARNOLD, JAN HEIDE und
NADINE SCHNITTKÉ

Haushaltsprobleme in Eberswalde:

»Wir schaffen es nicht, das Geld auszugeben«

Eberswalde (bbp). Was in der lokalen Tageszeitung mittels satirischem Kommentar zur aktuellen Werbeaktion für Eberswalder Kleinhändler und -gewerbetreibende in die fernere Zukunft des Jahres 2030 gelegt wurde, ist tatsächlich längst Realität: »das Abenteuer der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung, die gar nicht so viel Geld ausgeben kann, wie ihr zur Verfügung steht«.

Die liquiden Mittel auf den Konten der Stadt haben sich zum 31. August gegenüber dem Vorjahr um etwa 7 Millionen auf knapp 58 Millionen Euro reduziert. Das liegt vor allem an verminderten Einnahmen insbesondere bei der Gewerbesteuer (2,6 Mio) und der Einkommenssteuer (2,5 Mio). Hinzu kommen nicht geplante Ausgaben im Zusammenhang mit Corona.

Allerdings ging der Haushaltsplan – der im Dezember 2019 beschlossen wurde – noch von einem stärkeren Liquiditätsverbrauch insbesondere für Investitionen aus.

Doch dazu kam es nicht. Wie die Stadtverwaltung im September im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen berichtete, sind die für 2020 geplanten Investitionen, einschließlich der Übertragungen aus dem Vorjahr, erst zu 23 Prozent umgesetzt. Die Verwaltung schaffe es nicht, das bereitgestellte Geld auch nach Plan auszugeben. Die Verzögerungen seien durchaus auch durch Corona bedingt, aber nur zum Teil. Der Stadtverordnete Lutz Landmann (SPD/BFE) kritisiert seit längerem die Haushaltspraxis, nicht realisierte Investitionen »wie eine Bugwelle« vor sich her zu schieben und regelmäßig als Verpflichtungsermächtigungen ins neue Jahr zu übertragen. Auch wenn die Planungen meist extern vergeben werden, sei die interne Bearbeitung der Planungen und insbesondere die Umsetzung der Maßnahmen sehr arbeitsintensiv, hieß es. Es blieb einem Ausschußmitglied vorbehalten, laut darüber nachzudenken, ob die Stadtverwaltung nicht noch mehr Personal benötige...

Martin-Gropius-Krankenhaus:

Tarifeinigung

Am 10. September konnte zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Martin-Gropius-Krankenhaus GmbH eine Tarifeinigung erzielt werden. Vorausgegangen war am Mittwoch dieser Woche eine gewerkschaftliche Aktion der Beschäftigten am Krankenhaus, an der sich mehr als 200 Personen beteiligten.

Die jetzt erzielte Tarifeinigung sieht Lohnsteigerungen in Höhe von insgesamt 21 Prozent – verteilt auf die kommenden zwei Jahre – vor. Rückwirkend zum 1. September 2020 erhalten alle Beschäftigten 9 Prozent mehr Lohn auf die Tabelle, mindestens aber 200 Euro. ver.di-Mitglieder erhalten die Steigerung bereits rückwirkend zum 1. August 2020 und bekommen somit einen deutlichen Vorteil.

Ab 1. Januar 2021 steigen die Einkommen um weitere 6 Prozent, ab 1. Januar 2022 folgt eine weitere 6prozentige Erhöhung. Der Tarifvertrag soll bis zum 31. Dezember 2022 laufen.

Ein guter Organisationsgrad und das Engagement der Mitglieder haben die starken Lohnerhöhungen möglich gemacht und sind das Fundament auch für weitere Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in den kommenden Jahren. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern waren zwar hart aber konstruktiv.

Das Martin-Gropius-Krankenhaus gehört zum öffentlichen GLG-Konzern und dort sind rund 750 nichtärztliche Beschäftigte tätig. Zum Konzern gehören noch 10 weitere Einrichtungen in Brandenburg.

IVO GARBE

Abschiebungen stoppen

80 Menschen fanden sich am Abend des 10. September zu einer Kundgebung vor dem Bernauer Bahnhof ein. Drei Tage vorher waren zwei Menschen aus Wandlitz und Bernau nach Pakistan abgeschoben worden. Die Initiative »Barnim für alle« und das »Bürgerasyl Barnim« verlangten einen sofortigen Stopp aller Abschiebungen.

Von der Sammelabschiebung nach Pakistan waren viele Geflüchtete aus Brandenburg und Berlin betroffen. Dabei nehmen die verantwortlichen Behörden auch keinerlei Rücksicht auf die Gefahren durch die gerade auch in Pakistan grassierende Corona-Pandemie. Einige der Abgeschobenen waren auch nach Tagen nicht zu erreichen. Freunde befürchteten, daß sie verhaftet wurden.

Ein Anlaß für die Kundgebung war aber auch der Brand im Flüchtlingslager in Lesbos und die Weigerung des deutschen Staates, endlich die Grenzen zu öffnen für die Menschen in Not. Verschiedene Rednerinnen und Redner forderten die Evakuierung der Menschen nach Deutschland und die Schaffung von sicheren Fluchtwegen nach Deutschland.

»Flüchtlinge Willkommen im Barnim«

SPD Barnim wählte Vorstand

Am 26.09. wählten die anwesenden Mitglieder der SPD Barnim auf ihrem Parteitag in Buckow einen neuen Unterbezirksvorstand. Der Vorsitzende Martin Ehlers (Schorfheide) wurde wiedergewählt, genauso wie die beiden Stellvertreter Rica Eller (Bernau) und Hardy Lux (Eberswalde). Neu im Vorstand ist Johannes Kraushaar (Eberswalde), der als Kassierer künftig die Finanzen verwalten wird.

Dem Führungsteam gehören außerdem künftig 9 Beisitzerinnen und Beisitzer aus den Ortsvereinen Biesenthal, Ahrensfelde, Bernau, Eberswalde, Wandlitz und Finow an.

Außerdem wurden die Mitglieder der Revisionskommission, der Schiedskommission, 2 Mitglieder im Landesausschuß, 5 Delegierte zu Landesparteitagen und Landesvertreterversammlungen und ein Kandidat für die Delegation zu Bundesparteitagen gewählt.

Es gab Grußworte des Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke und des Landrates Daniel Kurth. Beide wurden als Beisitzer für den Landesvorstand nominiert. Stefan Zierke war bereits am 12. September von einer Wahlkreisvertreterversammlung als Direktkandidat für den Bundestagswahlkreis Uckermark/Oberbarnim nominiert worden. Für die Versorgung mit Speis und Trank sorgte die Gaststätte am Wasserturm.

RINGO WRASE

Vorsitzender SPD Ortsverein Finow

Sparkassenstreik

Zum ersten Mal in der Tarifrunde für den öffentlichen Dienst ruft die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) die Beschäftigten der Sparkassen in Brandenburg am 7. Oktober zu einem ganztägigen Warnstreik auf. Betroffen sind vom Warnstreik die Sparkasse Barnim, Oder-Spree, Ostprignitz-Ruppin, die Kreissparkasse Märkisch-Oderland, die Sparkassen Uckermark, Spree-Neiße, die Mittelbrandenburgische Sparkasse, die Sparkasse Niederlausitz, Elbe-Elster und Prignitz.

»Auch in der zweiten Runde der Tarifverhandlungen haben die Arbeitgeber immer noch kein Angebot vorgelegt«, so ver.di-Landesbezirksleiter FRANK WOLF. »Die Beschäftigten der Sparkassen haben auch in den Zeiten der Pandemie dafür gesorgt, daß der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte. Das rechtfertigt auch eine angemessene Erhöhung ihrer Einkommen«, ergänzt ver.di-Gewerkschaftssekretär SEBASTIAN ORTHMANN.

ver.di fordert in der Tarifrunde Bund und Kommunen (VKA) eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 4,8 %, mindestens aber um 150 Euro monatlich. Außerdem sollen die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikanten um 100 Euro monatlich steigen, zudem sollen die Ausbildungsbedingungen der Studierenden in den bislang nicht tariflich geregelten praxisintegrierten dualen Studiengängen tarifiert werden. Der Tarifvertrag soll eine Laufzeit von zwölf Monaten haben.

Dr. ANDREAS SPLANEMANN

Friedrich-Ebert-Straße Süd:

»...aber eine Hose muß es sein«

Eberswalde (bbp). Am 15. September hatte die Stadtverwaltung zum Bürgerdialog »Perspektive Ebertstraße-Süd« eingeladen, direkt am Standort der geplanten Bebauung. Auf Bannern und Pinnwänden wurde im Freien präsentiert, wie man nach Auffassung der Verwaltung »die Ansprüche der doppelten Innenentwicklung mit dem Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Stadtgrün verbinden kann«. Dazu wurden drei neue Entwürfe »einer nachhaltigen Bebauung mit attraktiv gestalteten Freiräumen« vorgelegt. Es gab die Möglichkeit, auf Karten die bevorzugte Entwurfsvariante anzukreuzen oder auf der Rückseite Meinungen zu äußern.

Bis zum 15. Oktober können die Varianten auch online auf www.eberswalde.de/friedrich-ebert-strasse-sued eingesehen werden. Bis dahin besteht auch die Möglichkeit, sich per eMail (an stadtentwicklungsamt@eberswalde.de) zu den vorgelegten Planungen zu äußern und für eine Variante zu stimmen. Ein Vertreter der Initiative »Recht auf Stadt« kom-

mentierte die Vorschläge so: »Na, es geht halt darum, ob du lieber eine karierte, gestreifte oder einfarbige Hose anziehen möchtest. Aber eine Hose muß sein.« Kritik an der geringen Differenz der Vorschläge kam auch von anderen. Bemängelt wurden die fehlenden Alternativen, wie »keine Bebauung« oder »nur die Hälfte der Fläche bebauen«, welche laut der anwesenden Stadtverordneten auch Optionen sind.

Die Initiative »Recht auf Stadt« ruft alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich am »Bürgerdialog« zu beteiligen. Dabei sollte man nicht auf die Taschenspielertricks hereinfallen. Statt sich an der »Abstimmung« zu beteiligen, können per eMail auch ausformulierte Einwände und Vorschläge für eine Null- oder Teilvariante auf den Weg gebracht werden.

Es ist vorgesehen, daß nach dem 15. Oktober die eingegangenen Stimmen ausgewertet werden. Den Stadtverordneten soll vorgelegt werden, daß auf der Basis dieser Auswertung weitergeplant wird.

Vorschlag für den Obus in der StVV Eberswalde:

Fahrdraht nach Finowfurt und Südend

Eberswalde (bbp). Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, »sich mit dem Landkreis Barnim als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs ins Benehmen zu setzen, um eine Erweiterung des Obus-Netzes mit Fahrdraht zu erreichen«, heißt es in einer Beschlüßvorlage der Fraktion DIE PARTEI ALTERNATIVE FÜR UMWELT UND NATUR in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde, die in der Sitzung am 29. Oktober behandelt werden soll. Konkret geht es der Fraktion um die Streckenabschnitte vom Großen Stern in Finow in Richtung Finowfurt sowie von der Breiten Straße/Abzweig Freienwalder Straße nach Südend. Die Streckenerweiterungen für den Obus dürften nicht zu Lasten der Taktzeiten gehen, betont der Frakti-

onsvorsitzende Mirko Wolfgramm. »Vielmehr sollen als Ziele vereinbart werden, die Taktzeiten auf den innerstädtischen Obuslinien in den Stoßzeiten (6.30 – 8.30 Uhr und am Nachmittag) auf 10 Minuten zu verdichten sowie das Angebot am Abend um 1 Stunde zu verlängern.«

Über eine Erweiterung des Eberswalder Obus-Netzes werde seit vielen Jahren diskutiert, sagt Wolfgramm. Zuletzt wurde die Linie 910 Südend-Finowfurt als Obuslinie deklariert und die Taktzeiten mit den Linien 861 und 862 abgestimmt. Der ursprünglich geplante Einsatz von Obussen mit Batteriebetrieb auf den Erweiterungsstrecken habe sich als unwirtschaftlich herausgestellt. Daher wird die Linie 910 weiterhin mit Dieselmotoren betrieben.

»Um tatsächlich einen Obus-Betrieb wirtschaftlich möglich zu machen«, so Wolfgramm, »ist es notwendig, die Streckenführung der Linie 910 mit Fahrdraht auszustatten. Eine mögliche Einbeziehung der Strecke Dorfstraße – Angermünder Straße – Mühlenstraße – Altenhofer Straße – Am Stadtpark sollte dabei in Erwägung gezogen werden, gegebenenfalls auch als Verlängerungsoption für die Linie 862.«

Die Vorteile der Netzerweiterung würden zunichte gemacht, wenn der Betrieb zu Lasten der Taktzeiten auf dem bisherigen Netz erfolgen würde. »Daher ist es notwendig, auch den Fuhrpark an Obussen zu erweitern. Dies kann auch einer zeitlichen Verlängerung des Obusangebotes zugute kommen. Nicht zuletzt sollte die Verkehrsplanung innerhalb Eberswaldes so erfolgen, daß die bestehenden Hemmnisse für den fließenden Obusverkehr (z.B. die Verkehrsführung in der Heegermühler Straße) abgebaut werden.«

Arm trotz Arbeit

Eberswalde (igbau). 40 Stunden Arbeit pro Woche und trotzdem bleibt es klamm im Portemonnaie: Insgesamt rund 5.300 Menschen im Kreis Barnim erzielen trotz voller Stundenzahl ein Einkommen unterhalb der amtlichen Niedriglohnschwelle von derzeit 1.885 Euro brutto im Monat (Wert für Ostdeutschland). Darauf hat die Gewerkschaft IG BAU hingewiesen. Die Zahlen gehen aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hervor. »Daß selbst eine Vollzeitstelle häufig nicht ausreicht, um finanziell halbwegs abgesichert zu sein, ist alarmierend«, sagt Astrid Gehrke, Bezirksvorsitzende der IG BAU Oderland. Grund für die aktuelle Situation sei auch die schwindende Tarifbindung.

Eklatantes Politikversagen

Neue NABU-Klage gegen 380kV-Freileitung notwendig

Gegen die geplante 380kV-Freileitung wurde seit 2008 jahrelang von den Betroffenen, den Kommunen und den anerkannten Naturschutzverbänden im Barnim und in der Uckermark gekämpft. 2016 hatte die von der Bürgerinitiative koordinierte Klage des NABU-Brandenburg vor dem Bundesverwaltungsgericht Erfolg. Der Planfeststellungsbeschluß wurde als »rechtswidrig und nicht vollziehbar« vom Gericht erkannt. Jetzt wird dieser Erfolg zunichte gemacht.



FOTO: GERD MÄRMANN

Das Landesbergamt (LBGR) hat mit dem skandalösen Beschluß im Planergänzungsverfahren vom 12.8.2020 eine Baugenehmigung für 50Hertz erteilt. (BBP 9/2020). Das LBGR in Cottbus mußte zwar einräumen, daß die Leitung »gemäß §34 Absatz 2 des Bundesnaturschutzgesetzes unzulässig« ist, weil durch sie die »Schutzziele und Bestandteile« (die Vögel) der Europäischen Vogelschutzgebiete »Schorfheide-Chorin« und »Randow-Welse-Bruch« erheblich beeinträchtigt werden, aber im selben Atemzug wird eine Ausnahmegenehmigung gemäß §34 Abs. 3 und 5 des Bundesnaturschutzgesetzes erteilt. (Beschluß des LBGR vom 12.8.2020)

Diese Freileitung darf nicht gebaut werden! Nicht über unsere Köpfe!

Um den Leitungsbau endgültig zu verhindern, bleibt uns nur die abermalige Anrufung des Bundesverwaltungsgerichts. Zur Finanzierung der Prozeßkosten, der Anwaltskosten und Gutachten hat die BI zu einer Spendenaktion aufgerufen, die bis zum 16. September so erfolgreich war, daß die Mittel für den neuen Rechtsstreit gesichert sind. Das ist ein ermutigendes Zeichen der Solidarität der Betroffenen und zeigt, wie tief der Protest gegen die 380kV-Freileitung in der Region verankert ist. Auf dieser Basis wurde der Anwalt beauftragt, am 16.9. die vorbereitete Klage beim BVerwG einzureichen und am 17.9. fristgerecht einstweiligen Rechtsschutz zu beantragen.

Die Bürgerinitiative erinnert an dieser Stelle noch einmal an die zahlreichen Appelle an die Landesregierung, um eine politische Lösung des Konflikts herbeizuführen. Auch die Initiativen, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine teilweise Erdverkabelung der 380kV-Lei-

tung (Brandenburgisches Erdkabelgesetz) zu verbessern, sind versandt, so daß sich der Netzbetreiber der Forderung nach einer Erdverkabelung in sensiblen Gebieten mit der Zustimmung des Landesbergamts verweigern konnte. Bereits am 11. Mai 2011 hat das Trassenplenum, eine Versammlung von Betroffenen, Vertretern der Umweltverbände und Mandatsträgern der kommunalen und der Landesebene in einer Resolution an die Landesregierung appelliert:

1. Für einen umwelt- und sozialverträglichen Netzausbau, für Transparenz und effektive Bürgerbeteiligung auf allen Stufen des Planungsprozesses! Gerade angesichts der »Energiewende«, der verstärkten Nutzung regenerativer Energien und des dafür erforderlichen Netzausbaus, fühlen wir uns in unserem Engagement für einen umwelt- und sozialverträglichen Netzausbau bestärkt, denn es gibt zum umweltzerstörenden Freileitungsbau mit seinen negativen sozialen und wirtschaftlichen Folgen technische Alternativen, die es zu nutzen und zu entwickeln gilt. Effektive Bürgerbeteiligung bei den Planungsprozessen ist der beste Schutz vor überdimensionierten Großprojekten und Fehlinvestitionen im Infrastrukturbereich, die von den Verbrauchern zu bezahlen sind. Der Schutz von Natur und Umwelt, von gesunden Lebensverhältnissen dient der Gesamtgesellschaft und muß Vorrang vor den Profitinteressen der Netzbetreiber und der Energiekonzerne haben...

6. Wir appellieren an die Landesregierung und die Abgeordneten: Wir appellieren an die Bundes- und Landesregierung und die Abgeordneten von Bundestag und Landtag

Brandenburg, alle Möglichkeiten zum Schutz der Menschen im Trassengebiet und der Schutzgebiete, insbesondere im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, zu nutzen:

- dies kann durch die Verabschiedung eines Erdkabelgesetzes,
- durch die gesetzliche Verpflichtung zu Teilverkabelungen in Schutzgebieten und in der Nähe von Wohngebieten,
- die Heraussetzung der Mindestabstände von Freileitungen zur Wohnbebauung und zu Schutzgebieten geschehen.
- Wir erwarten deutliche Signale seitens der Genehmigungsbehörde an den Projektanten, daß seine Planung nicht genehmigungsfähig ist und er sich ernsthaft mit Alternativen befassen soll. Ein für ihn negativer Planfeststellungsbeschluß wäre das deutlichste Signal, das seine Wirkung nicht verfehlen würde.

(aus der Resolution des Trassenplenums in der Blumberger Mühle, 20.5.2011, BBP 6/2011)

Nach dem Urteilsspruch des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.1.2016 wurde in einer gemeinsamen Resolution der betroffenen Städte, Ämter und Gemeinden und des NABU-Brandenburg am 1.2.2016, die die Bürgerinitiative organisiert hatte, an die Landesregierung appelliert, sich in den Konflikt um die Freileitung einzuschalten und einen Runden Tisch zur Konfliktlösung zu moderieren, denn ein Weiter-So dürfe es nicht geben. Auch dieser Appell, der am 17.4.2016 im Wirtschaftsministerium überreicht wurde, ist folgenlos verhallt.

Im Januar 2020 appellierte der Sprecher der Bürgerinitiative in einem Schreiben an das Umweltministerium noch einmal eindringlich an die Landesregierung, sich in dem Konflikt zu engagieren und unterbreitete verschiedene Lösungsvorschläge, die aber nicht von der Landesregierung aufgegriffen wurden. (BBP 6/2020)

Wenn die Politik versagt, bleibt nur die Anrufung des Gerichts. Wir werden sehen, welchen Wert das Bundesverwaltungsgericht den Belangen des Naturschutzes beimißt.

Aber vielleicht erkennt das Gericht ja auch, daß es nicht angeht, das Interesse an einer sicheren Stromversorgung gegen den Naturschutz abzuwägen (auszuspielen), sondern daß von einer Planung zu fordern ist, daß sie beiden Interessen gerecht wird. Der Respekt der Schutzgebiete ist ein öffentliches Interesse, wie die Sicherheit der Stromversorgung auch.

HARTMUT LINDNER, BI Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!

Nachtrag: Mit Schreiben vom 22.9.2020 hat das Bundesverwaltungsgericht zunächst für die Dauer des Rechtsschutzverfahrens einen vorläufigen Baustopp verhängt: »Dem Antragsgegner wurde aufgegeben, vorläufig sicherzustellen, daß mit Bau- oder sonstigen Maßnahmen, die dem Antrag auf vorläufigen Rechtsschutz zuwiderlaufen, noch nicht begonnen wird. Sofern Hinderungsgründe entgegenstehen sollten, wurde um unverzügliche Nachricht gebeten.« (Aktenzeichen: BVerwG 4 A 13.20 und 4 VRT 6.20)

Volksvertreter auf kommunaler Ebene haben zwar keinen direkten Einfluß auf die Beschlüsse des Bundestages bzw. der Regierung, über Rüstungsexporte und Bundeswehrpräsenz *all over the world* jedoch könnten Landrat und Bürgermeister samt Gefolge ein Zeichen setzen, um zumindest ihre eigenen Wähler zu animieren, ebenfalls an so einer wichtigen Veranstaltung teilzunehmen. Aber nee, denkste, in diesem Jahr ließen Stadt und Kreiselite sich trotz persönlicher Einladung nicht blicken. Sie hatten sicherlich Wichtigeres zu tun.

Immerhin hatten einzelne Stadtabgeordnete für sich entschieden, an diesem wunderschönen Nachmittag zum Kirchhang zu kommen, um durch ihr Erscheinen ihre Einstellung zur guten Sache zum Ausdruck zu bringen. Selbst SPD-Mitglieder waren diesmal vor Ort und PDL-Genossinnen und -Genossen sowieso. Das war prima!

Natürlich kamen die »üblichen Verdächtigen...«, die Anhänger des Friedensbündnisses. Um sie hier mal beim Namen zu nennen: Die Gründungsmitglieder um ALBRECHT TRILLER, Mitglieder der evangelischen Kirche um HANS-PETER GIERING und Frau GRIEP, Mitglieder der DKP und des RotFuchs-Leservereins und wiederholt junge Leute aus der Protestbewegung »Recht auf Stadt«, die für bezahlbaren Wohnraum kämpfen. Ja kämpfen! Das ist zwar für viele ein abgedroschener Begriff, ähnlich wie Sozialismus, aber soviel steht fest, soziale Errungenschaften wurden niemals geschenkt in Ausbeutergesellschaften. Sie mußten immer und müssen auch weiterhin ERKÄMPFT werden. Seit einiger Zeit kämpft auch die *Fridays for future* Bewegung, also Schülerinnen und Schüler mit ziemlicher Entschlossenheit für eine lebenswerte Zukunft auf unserem, durch

Open-Air-Konzert:

»Musik statt Krieg«

Eberswalde (prestew/bbp). Das Museum Eberswalde hatte am 18. September zum Open-Air-Konzert mit dem Liedermacher TINO EISBRENNER an die Stadtpromenade eingeladen. Zusammen mit der belorussischen Sängerin LIDIA VALENTA und dem chilenischen Musiker ALEJANDRO SOTO LACOSTE waren an diesem Abend am Finowkanal zweisprachige Interpretationen von eigenen Liedern und Kompositionen der russischen Kultur und Sprache zu hören. Unter der Programmreihe »Musik statt Krieg« und anlässlich des 40. Todestages Wladimir Wyssozkis vertonen die drei Musiker zahlreiche musikalische Stücke im Geiste des russischen Dichters, Schauspielers und Sängers.

Wyssozki, der zu Lebzeiten für den sowjetischen Staat stets eine unbequeme öffentliche Person darstellte, gilt heute in Rußland und den ehemaligen Sowjetstaaten als der größte Liedermacher des 20. Jahrhunderts. Zwei Jahre seiner Kindheit verbrachte Wyssozki in Eberswalde. Zu dieser Zeit war sein Vater Offizier der Roten Armee und in der Stadt stationiert.

Welt-Friedenspolitik einfordern

Auch in diesem Jahr rief das Bündnis für den Frieden Eberswalde über die lokalen Zeitungen MOZ und BBP die Bürger auf, am 1. September zahlreich zu erscheinen, um der vielen Kriegsoffer, deren Zahl täglich größer wird, zu gedenken und um von den gewählten Volksvertretern ehrliche Friedenspolitik einzufordern. Es wäre sehr von Nöten, dieses häufiger und mit Nachdruck zu tun.



Foto: GERD MARRMANN

uns Menschen gebeutelten, Planeten. Einige von ihnen nutzten später die Gelegenheit am offenen Mikrofon, ihre Bedenken zu äußern und ihre Forderungen klar zu benennen.

Am zeitigen Nachmittag wurde der Kirchhang für die Veranstaltung vorbereitet. Es wurden Absperrungen markiert durch selbstbemalte Stofftransparente wegen der Corona-Auflagen, Infoständer aufgestellt, ein Pavillon für die Musikanlage, falls es regnet, usw.

MISCHPOKE ROYAL beehrte uns zum zweiten mal und unterhielt uns Veranstalter und die ersten Neugierigen mit erfrischender handgemachter Musik während der Vorbereitungen. Vielen Dank dafür. Pünktlich wie geplant eröffnete PAUL VENUß die Veranstaltung und das offene Mikrofon. Zu Beginn sprach Albrecht zum Thema »Abrüsten statt Aufrüsten«, danach sehr emotional ein *Mensch vom Planet Erde* über Frieden, Bescheidenheit, Wünsche und Träume. Dann trat Paul im Namen seiner Mitstreiter von »Recht auf Stadt« ans Mikro und sprach mahndend vom Kriegsausbruch vor 81 Jahren, über Atomsprengköpfe, Rassismus, Egoismus über Mietwucher und die damit verbundenen Eigentumsfrage.

Als nächster meldete sich BOY IBISCH von der »Freitags für die Zukunft« Bewegung zu Wort. Er machte klar, daß die Probleme, die zu den drastischen Klimaveränderungen geführt haben, einfach nicht von der Politik, der Wirtschaft und den Kriegstreibern in den Vordergrund ihres Denkens und Handelns gerückt werden. Er hofft, daß die Vereinten Nationen und die EU mehr Einfluß nehmen auf die größten Industriestaaten. Dann trug PIA WAGNER ein eigenes Gedicht vor »Kinder dieser Zeit« Sie

hatte darin u.a. Kampfschreie, Hilferufe und leise Träume künstlerisch verpackt. Nach ihr trug STEFFEN »SHORTY« SCHEUMANN, Schauspieler, die sehr tiefgründige Geschichte »Campo de Fiori – Blumenplatz« über abgrundtiefes Verhalten im Alltag vor. Zum Schluß las ULRIKE eine wahre Begebenheit aus den letzten Kriegstagen in Eberswalde vor. Über fanatische deutsche Soldaten und energische, mutige Frauen. Sie bekam kaum Beifall was aber nur daran lag, daß sämtliche Zuhörer doch ziemlich ergriffen waren von dieser Geschichte, die Uli im Stadtarchiv entdeckte. Nach dem offenen Mikro lockerte BIA das Geschehen mit seinem musikalischen Beitrag, einem Song von Reinhard Mai, gekonnt etwas auf.

Als Überleitung zur christlichen Komponente war nun ULRIKE GOLLMICK an der Reihe. Sie überraschte wohl alle Anwesenden mit ihrem Beitrag zum Weltfriedenstag. Denn nun wurde unter ihrer professionellen Anleitung eine Runde meditiert. Dann ertönten die Glocken der Maria Magdalenen Kirche und läuteten die Friedensandacht ein. Leider wurde Punkt 18 Uhr versehentlich die Stromzufuhr gekappt, so daß Herr Giering und Frau Griep nur mit schwacher Akustik ihre Friedensgebete vortragen konnten. Ein junger Christ ließ sich nicht davon abhalten, ohne Mikrofon eine flotte musikalische Einlage zu performen – Klasse! Dann gab's noch eine Überraschung. Klassische Musik mit Bläsern und Streichern. Mit diesem ganz seltenen Hörerlebnis im Freien klang das Programm der Veranstaltung angenehm aus. Vielen Dank an alle Beteiligten!

ECKHARD LAURICH
Bündnis für den Frieden Eberswalde

Es ist mal wieder Republikgeburtstag

Wieder einmal ist der 7. Oktober. In meinem Leben gehörte und gehört er als »Tag der Republik« immer dazu.

Als Kind und Jugendliche war es mir Pflicht und Ehre, für die DDR einzustehen. Es war normal, daß ich in die Krippe und den Kindergarten ging. Es war normal, daß ich in der Schule bei den Jungen Pionieren und den Thälmann-Pionieren war, und später bei der FDJ. Ich wurde dazu nicht gezwungen.

Es war normal, daß wir Kinder Altstoffe (Gläser, Flaschen und Papier) sammelten und abgaben. Mit einem Lächeln denke ich an das Lied: »Ha'm se nicht noch Altpapier, liebe Oma, lieber Opa...«. Es war normal, daß wir an die Kinder in der Welt dachten. Wir wußten, in welchen Ländern Kinder unter ärmsten Bedingungen lebten. Weil wir in der Schule darüber sprachen. Weil die Medien darüber berichteten. Es war normal, daß wir mit Menschen in aller Welt Solidarität übten, die für Frieden und Menschlichkeit in ihrem Land kämpften.

Ich kann mich nicht beschweren, ich mußte in der DDR nicht leiden: weder Arbeitslosigkeit noch hohe Kosten für Kinder noch Unterbezahlung, weil ich eine Frau bin.

Ich bekam einen Studienplatz und Stipendium, das ich nicht zurückzahlen mußte. 200 Mark. Damit bezahlte ich jeden Tag mein Mittagessen – 70 Pfennige. Ich bezahlte meinen Studentenwohnheimplatz – 33 Mark im Mo-

nat. Ich fuhr von Dresden nach Eberswalde – 7,50 Mark für Hin- und Rückfahrt. Achso, und ich bekam das Geld unabhängig vom Einkommen meiner Eltern.

Ich heiratete und bekam einen Ehekredit: 5000 Mark. Den konnten wir für die Einrichtung der Wohnung gut gebrauchen. Er wurde sogar auf 8000 Mark später aufgestockt. Und für jedes Kind bekamen wir 1000 Mark. Und die Rückzahlung der Ehekredits wurde um 1000 Mark verringert. Also mir ging es nicht schlecht.

Ja, man kann heute lernen und studieren, was und wo man will. Ja, ich kann in alle Welt reisen. Aber das ist für den Alltag nicht wichtig. Ich bin auch gereist: nach Polen, Ungarn, Bulgarien, in die Tschechoslowakei und Sowjetunion. Ich fühlte mich nicht eingesperrt.

Ich möchte, daß bei aller Zusammenführung von DDR und ehemaliger BRD auch das gesehen und nicht verschwiegen, verfälscht oder zerredet wird. In der DDR wurden Fehler gemacht, ich weiß. Aber auch die BRD macht immer wieder gravierende Fehler. Also nur schwarz-weiß gibt es nicht.

Anerkennung der Leistungen der DDR führt zu fairen Gesprächen, zu denen ich gern bereit bin. Ich lasse mir mein Heimatland DDR nicht schlecht reden.

Festtag ist in uns'rer Republik...

KORNELIA LUBKE

Deutsche Einigkeit

*Ein Zug fährt von Potsdam nach Basel.
Ein Fahrgast aus Potsdam benutzt
die Toilette, betrachtet kopfschüttelnd ein
Schild und liest: Aufenthalt hier nur 5 Minuten.*

*Er schrieb darunter:
Wenn du mal hier verweilen mußt,
dann mußt du dich bloß sputen
die Eisenbahn, die gönnt dir dafür
höchstens 5 Minuten.*

*Ein Bayer liest und schreibt:
Wer Letztes hier geschrieben hat,
der stammt bestimmt aus Preußen.
Wer nicht viel zu essen hat,
hat auch nicht viel zu sch.....*

*Ein Sachse liest und schreibt:
Wer Letztes hier geschrieben hat,
das war bestimmt ein Bayer.
Wer den ganzen Tag nur frißt,
kann auf dem Töpfchen wie ein Reiher.*

*Ein Schweizer liest und schreibt:
Seht ihr die deutsche Einigkeit.
Geht es rein in euer Köpfchen?
Dem einen gönnen sie den Teller nicht,
dem anderen nicht das Töpfchen!*

RAINER KROBOTH

Zu DDR-Nostalgisch

Ich bitte um Streichung meines Namens aus der Kundenliste. Einerseits ist mir die tägliche Lektüre der MOZ hinreichend für mein lokales Informationsbedürfnis, andererseits kann ich nicht verhehlen, daß mir der DDR-nostalgische Unterton Ihres Blattes auf Dauer die Neugier auf derart einseitige Kommentierung der gegenwärtigen und vergangenen Ereignisse und Weltläufe verhagelt.

Daß ich die September-Ausgabe zum Anlaß meiner Kündigung nehme, liegt natürlich an dem unsäglich dummen und stalinistischen Artikel »Hände weg von Belarus«, der für mich gewissermaßen dem Faß den Boden ausschlägt. Das klingt alles wie Egon Krenz 1989, als er den chinesischen Terror guthieß. Und es wäre zu fragen, welcher despotische und selbstherrliche Amtskollege im Osten von Belarus als einziger mit Polizeieinsatz droht (also wirklich die Hand erhebt!), wenn es dem Gewalttäter Lukaschenko, der seine Untertanen prügeln läßt sie weiland Honecker am Alex in den U-Bahnen uns, an den Kragen gehen sollte. Und ich hoffe, daß die mutigen Weißrussen es wie die ehemaligen DDR-Bürger friedlich schaffen wie wir vor dreißig Jahren, als unser Mauerstaat sein verdientes Ende fand.

Es wäre schön, Sie können meine plötzliche Entscheidung verstehen und sich trotz anders gepolter Weltanschauung in einen liberalen Leser hineinversetzen. Natürlich ist es beunruhigend und erschreckend, was die westliche Welt inclusive Trump an politischen Verwirrungen und Fehlentwicklungen aufgrund des gewissenlosen Kapitalismus erlebt, doch das rechtfertigt keineswegs im Gegenzug den bedenklischen Scherbenhaufen im Osten, wo aus den Hinterlassenschaften des Kommunismus die Diktatoren wie Giftpilze sprießen.

Aber ich will jetzt nicht leitartikeln, sondern zum Schluß ein paar freundliche Grüße mit guten Wünschen für den Herbst des von der gräßlichen Pandemie gequälten Jahres zu Ihnen hinüberschicken. Die Frage bleibt für mich allerdings im Raum, ob wir homines sapientes am Ende nicht die Pest schon längst verdient haben.

Und so verbleibt mit einem kleinen Schuß Theologie in seinem Gruß Ihr ehemaliger Leser

ROLF GERLACH

spiele an. »Darüber hinaus weiß ich als Schwergeschädigter um die Belange der Teilhabe von Schwergeschädigten in unserer Gesellschaft.« Seit Jahren habe er seine schwerkranke Mutter betreut und er setzt sich auch ehrenamtlich für soziale Belange ein. Schließlich stellt er als Vorsitzender des Fördervereines Finower Wasserturm und sein Umfeld e.V. klar, daß sich der rein ehrenamtlich agierende Kulturverein für die Messingwerksiedlung einsetze, aber nicht den Zustand von Wohnungen begutachten und Probleme mit Vermietern bewerten könne.

BBP-Redaktion 9

Ganzheitliche Ernährung (1)

Das Thema Ernährung begleitet uns unser ganzes Leben. Fast jeden Tag unseres Lebens essen wir. Wir müssen uns ernähren, da wir die Ernährung zum Aufbau und zur Erhaltung unseres Organismus benötigen.

Ernährung ist ständig in Veränderung, so ernähren wir uns als Baby anders als ein Kind, ein Kind ernährt sich oftmals anders als ein Erwachsener. Leistungssportler brauchen eine besondere Ernährung, ebenso Schwangere. Auch bei bestimmten Krankheiten ist eine spezielle Ernährung notwendig, z.B. bei Diabetes. So ernähren sich Veganer und Vegetarier wiederum auf eine ganz bestimmte Art und Weise.

So wichtig die Ernährung für uns ist, sehr oft wissen wir aber sehr wenig darüber, was für uns wichtig ist. Wir wissen oftmals, daß es Kohlenhydrate, Fett und Protein gibt, daß wir Vitamine benötigen, ebenso wie Spurenelemente oder Mengenelemente. Weiterhin benötigen wir Ballaststoffe und Sekundäre Pflanzenstoffe.

Aber welche Stoffe brauchen wir in welcher Menge, damit unser Organismus optimal funktionieren kann? Und in welchem Lebensmittel ist was drin? Was sollte ich zum Frühstück essen, damit ich einen guten Start in den Tag habe, was zum Mittagessen und was am Abend. Sind Snacks zwischendurch erlaubt oder eher verboten?

Zur Ernährung gehört nicht nur das Essen, sondern auch das Trinken. Was und wieviel davon soll ich täglich zu mir nehmen?

Was bedeutet eigentlich Ganzheitliche Ernährungsberatung? Ganzheitlich bedeutet, daß Körper, Geist und Seele als ein Ganzes gesehen werden. Unsere Ernährung nährt nicht nur den Körper, sondern ist auch für Geist und Seele wichtig. Deshalb sollte ein Ernährungskonzept immer ganzheitlich sein.

Da bei der Ernährung sehr viele Faktoren berücksichtigt werden müssen (Geschlecht, Alter, Krankheiten, Unverträglichkeiten, Allergien...) kann es kein Ernährungskonzept geben, das für alle Menschen gilt. Deshalb muß der Ganzheitliche Ernährungsberater das Konzept für jeden Klienten anpassen. Zuerst muß ein realistisches Ziel festgelegt werden. Z.B.: *Ich möchte 10 kg abnehmen* oder *ich brauche eine besondere Ernährung*, da ich Diabetes habe oder ich leide an Zöliakie, das ist eine Glutenunverträglichkeit, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat, da der Glutenanteil in den Backwaren in den letzten Jahrzehnten stark angestiegen ist.

Um einen guten Überblick über das Eß- und Trinkverhalten des Klienten zu bekommen, ist es notwendig, daß der Klient mindestens sieben Tage, oder noch besser 14 Tage, alles, was er isst und trinkt in einem Ernährungstagebuch festhält. Dieses Ernährungstagebuch wird dann gemeinsam mit dem Ganzheitlichen Ernährungsberater ausgewertet.

FALK HINNEBERG (www.hinneberg.info)

»Ich bin kein Gemüse!«

Am 1. September fand im Ratssaal des Panketaler Rathauses ein außergewöhnlicher Film seine Aufführung. In Kooperation mit dem Verein »Kunstbrücke Panketal e.V.« präsentierte die »Ergänzende Unabhängige Teilhabeberatung Barnim« (EUTB) des »Landesverbandes für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Berlin-Brandenburg e.V.« den polnischen Spielfilm »In meinem Kopf ein Universum«. Durch den Abend und die anschließende Gesprächsrunde mit Betroffenen, Vertretern der EUTB, der Behindertenbeauftragten der Gemeinde Panketal, ILONA TROMETER sowie Panketals Bürgermeister MAX WONKE führte bb-Radio-Moderatorin CLARA HIMMEL.

Mateusz ist ein Teenager. Er schaut Mädchen in den Ausschnitt, er sehnt sich nach Liebe, er macht sich Gedanken über sich und die Welt. Allerdings leidet Mateusz an einer zerebralen Nervenstörung und ist schwer körperbehindert. Er kann sich nicht mit anderen verständigen, bringt allenfalls ein paar Grunzlaute zustande und kann weder selbständig laufen, essen oder sich sonstwie versorgen. Gefangen zwischen der Liebe seiner Mutter und unachtsamen Ärzten (Mateusz sei geistig behindert und »sabbert wie ein Hund«) ist er gefesselt im eigenen Körper. Erst nach vielen Jahren und einem langen Aufenthalt in einem Heim für geistig behinderte Menschen erkennt eine Logopädin seine Fähigkeiten und bringt dem jungen Mann das Bliss-Symbol-System bei, das zur Kommunikation mit der Außenwelt dient. Als er seiner Mutter schließlich den ersten Satz übermitteln kann, sind viele der Zuschauer im Saal überwältigt vor Erleichterung: *»Ich bin kein Gemüse!«*

»In meinem Kopf ein Universum« ist kein »Behindertenfilm«, sondern eine Tragikomödie über den Lebens- und Leidensweg eines jungen Mannes, der sein Leben selbstbestimmt gestalten will und an den Kommunikationsproblemen mit seiner Umwelt zu zerbrechen droht. Diese aller beschriebenen Probleme zum Trotz vorhandene Leichtigkeit ist es, die den Zuschauer nicht überfordert oder am Boden zerstört zurückläßt, sondern im Gegenteil dazu anregt, die Mitmenschen eines zweiten Blicks zu würdigen und auch einen anderen Blickwinkel auf die Umwelt einzunehmen.

1990 starb Amadeu Antonio

In diesem Jahr jährt sich die rassistische Hetzjagd auf angolanische und mosambikanische Vertragsarbeiter in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 in Eberswalde, in dessen Folge Amadeu Antonio am 06.12.1990 im Eberswalder Krankenhaus starb, zum 30. Mal. Wir wollen am 6. Dezember 2020 seines Todes und anderer Opfer rassistischer und Fremdenfeindlicher Gewalt gedenken. Es wird wie im letzten Jahr ein Trauermarsch zur Gedenktafel in der Eberswalder Straße, vielleicht irgendwann Amadeu-Antonio-Straße, mit anschließender Gedenkveranstaltung stattfinden. Beginn voraussichtlich 16 Uhr. Genaue verbindliche Infos folgen später. Also Termin im Kalender vormerken und weiter verbreiten.

STEFFEN EHLERT,
Barnimer Kampagne »Light Me Amadeu«

In der anschließenden Gesprächsrunde betonte die Mutter eines mehrfach behinderten Sohnes, wie wichtig Vernetzung und Austausch für Betroffene und Angehörige sind. Anja Binder von der EUTB stellte die Rahmenbedingungen für die Arbeit mit den Betroffenen dar und warb für mehr Unterstützung vor allem durch Politik und Krankenkassen. Panketals Behindertenbeauftragte Ilona Trometer vergab der Gemeinde Panketal insgesamt gute Noten für den Umgang mit der Thematik, wies aber auch auf Defizite in der Umsetzung der Teilhabe für beeinträchtigte Menschen hin. Bürgermeister Max Wonke warb in diesem Zusammenhang beim Straßenbau für die Errichtung von Fußwegen und deren Bedeutung für die sichere Nutzung von Straßen auch durch Mütter mit Kinderwagen, Behinderte oder ältere Menschen. Moderatorin Clara Himmel befragte auch die unter den Zuschauern anwesende Ausnahme-Athletin MARIANNE BUGGENHAGEN, welche dem Behindertensport in Deutschland wie keine zweite Gesicht und Popularität gab. Buggenhagen warb für mehr Konsequenz bei der Herstellung von Barrierefreiheit und konkret für die Errichtung einer 400-Meter-Bahn im neuen Sport- und Spielplatz an der Straße der Jugend.

Aus Zeitgründen mußte der 120-minütige Film stark gekürzt werden. Aus diesem Grund wird »In meinem Kopf ein Universum« in der vollständigen Fassung noch einmal am 3. Dezember 2020 ab 19 Uhr im Ratssaal des Rathauses Panketal gezeigt.

THORSTEN WIRTH, Kunstbrücke Panketal e.V.

Eberswalder Blühwiesen

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde will ihren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, insbesondere der Insekten, leisten und künftig verstärkt bisherige Rasenflächen in Blühwiesen verwandeln. Hierfür war die Anschaffung neuer Mähtechnik notwendig. Den Beschaffungsbeschuß zum »Kauf eines hydrostatischen Aufsitzmähers mit Kabine, Frontmähwerk und Schnittgutsammler mit Hochentleerung« für 52.298,12 Euro hatten die Eberswalder Stadtverordneten bereits im April gefaßt. Wie Bauverordnete Anne Fellner auf Nachfrage der Stadtverordneten Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte, sei die vorhandene Technik für das ein- bis zweimalige Mähen im Jahr ungeeignet. Diese werde weiterhin für das Mähen von Flächen genutzt, die keine »Blühwiesen« sind.

Müllsammler in der Schwärze



Anlässlich des International Coastal Clean-up Days* hat der Alnus e.V. am 19. September mit Unterstützung des NABUs und einer Eberswalder Müllsammelgruppe die Schwärze in der Innenstadt von Haus Schwärzetal bis zum Finowkanal von Müll gereinigt. Damit wurde der ausgefallene Frühjahrsputz nachgeholt, bei dem der Alnus seit 2009 jährlich die Schwärze reinigt. Dem Aufruf sind in diesem Jahr 25 Personen gefolgt, die sich ausgestattet mit Handschuhen und Gummistiefeln an Land oder mit Wathosen und Booten im Wasser ans Werk machten. Dabei wurden etwa 10 Müllbeutel gefüllt und auch sperriges Beutegut wie etwa eine Preistafel, ein Poller oder ein Bol-

zenschneider an Land gezogen. An einer Stelle wurden etwa 100 Bier-Flaschen gefunden. Wer sucht, der findet – aber insgesamt setzt sich der Trend fort, daß wir immer weniger Müll finden.

Vielen Dank an die Stadtreinigung, die den Müll am Montag abgeräumt hat, an die Hochschule für die Ausleihe der FH-Boote und natürlich an die Helfer und Helferinnen für ihre Unterstützung!

Das Alnus-Team

* On-Shore-Coastal-Clean-Up-Day an der Schwärze! Das ist ein schwieriges Wort, soll aber keine language-wall darstellen, sondern bedeutet einfach nur: Wir sammeln gemeinsam Müll aus der Schwärze.

Ausbau des Treidelwegs in Eberswalde

Eberswalde (prest-ew). Bereits seit dem 7. September wird der Treidelweg zwischen der Stadtschleuse und Friedensbrücke ausgebaut. Voraussichtlich bis Ende des Jahres erfolgt die Fertigstellung der barrierefreien Führung des Treidelweges als Lückenschluß und die Anbindung des Treidelweges an die Stadtpromenade am Finowkanal über die Stadtschleuse.

Auf einer Länge von 180 Metern umfaßt die Baumaßnahme den Rückbau der Treppe, die Installation des barrierefreien Wegs zur Schleuse, die Oberflächenversiegelung mit Asphalt, die Montage eines Geländers sowie die Pflanzung von Bäumen.

Am 21. September begannen parallel dazu die Bauarbeiten an einem anderen Abschnitt des Treidelweges. Bei der neuen Maßnahme wird der Rad- und Gehweg einschließlich der Brücke am alten Heizwerk aufgewertet, so daß der Treidelweg barrierefrei direkt an den Stadtteil Finow angebunden sein wird. Die Fertigstellung ist hier bis zum 31.12.2021 geplant.

Die Projekte dienen der Umsetzung des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes 2013 sowie dem Verkehrsentwicklungsplan (2008) inklusive des Luftreinhalte- und Lär-

maktionsplans und des Radnutzungskonzeptes (2015) der Stadt Eberswalde. Auf einer Länge von 380 Metern umfaßt die Baumaßnahme die Anhebung und Anbindung des Treidelweges an der nördlichen Uferseite, die Sanierung der Brücke Altes Heizwerk (Korrosionsschutz, Belag, Geländer), die Erneuerung des vorhandenen Wegebelages zwischen der Brücke und der B 167 mit Asphalt sowie den Aufbau einer Querungsinsel auf der B 167.

Beide Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Förderprogramm »NESUR Infrastruktur« kofinanziert. Die Maßnahme an der Stadtschleuse kostet insgesamt 225.000 Euro, davon stammen knapp 180.000 Euro aus Zuwendungen. Die Bauausführung erfolgt durch die BRB Baugeräte – Ramm- und Bohrtechnik GmbH aus Eberswalde. Die Gesamtkosten der Maßnahme an der Brücke Altes Heizhaus liegen bei 630.000 Euro. Davon stammen knapp 500.000 Euro aus Zuwendungen. Die Bauausführung erfolgt durch die BUG Verkehrsbau AG. Als Bauplaner agieren die Ing.-Büro Weiland GmbH aus Gransee und die LUG Engineering GmbH.

Laubbläser und Laubsauger

Eberswalde (bbp). Im Herbst, da fallen die Blätter. Für viele Menschen eine Freude, für manche eine Plage. Denn zumindest die Wege und Plätze müssen ja vom Laub freigehalten werden, um sie benutzbar zu halten.

Die Industrie hatte ein Herz mit den Laubfegern und erfand Maschinen, die die Arbeit erleichtern. Die diversen Hausmeister- und Reinigungsfirmen haben entsprechend aufgerüstet und ihre Mitarbeiter mit Laubbläsern und Laubsaugern ausgerüstet.

Sind es zwischen Mai und September die Rasenmäher, Motorsensen und Motorheckenscharen, die die Menschen mit ihrem Konzert erfreuen, sind es im Herbst diese Laubbläser und -sauger, die sich hörbar machen.

Nicht alle finden das schön. So warnt beispielsweise der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor dem Schaden für Umwelt und Gesundheit durch diese motorisierten Blasinstrumente.

»Diese Geräte haben oft einen Schallpegel von über 100 Dezibel«, sagt Magnus Wessel, Naturschutzexperte des BUND, »das ist ungefähr so laut wie ein Preßlufthammer«. Dieser Lärm belästigt nicht nur menschliche und tierische Nachbarn, sondern schädigt auch die Gesundheit der Person, die das Gerät benutzt. Die Verbrennungsmotoren stoßen zudem Kohlenwasserstoffe, Stickoxide und Kohlenmonoxid aus.

Insbesondere die Laubsauger beeinträchtigen darüber hinaus gravierend die Bodenbiologie. »Die Geräte saugen ja nicht nur die welken Blättern auf«, erklärt Wessel. »Auch die für den Boden wichtigen Kleintiere wie Spinnen und Insekten geraten in den Sog. Sie werden gehäckselt und getötet. Pflanzensamen werden zerstört.«

Von den Wegen abgesehen sollte das Laub auf dem Boden liegen bleiben. Dort kann das Material verrotten und es bilden sich Humus und Nährstoffe. Fehlt das Laub, verlieren die »am Boden lebenden Kleintiere wie Würmer, Insekten, Spinnen und Kleinsäuger Nahrung und Lebensraum«, mahnt der BUND-Experte. »Und der Boden wird einer Deck-Schicht beraubt, die ihn vor Austrocknung und bei extremer Kälte schützt.«

Bis auf Bequemlichkeit bringen Laubbläser und Laubsauger also nur Nachteile mit sich, macht der BUND klar und rät daher dringend, zu Rechen und Harke zu greifen. »Sie kommen ganz ohne schädliche Abgase aus, machen keinen Lärm und lassen die Natur am Leben. Und ganz nebenbei tut der Mensch auch etwas für seine Gesundheit: Er bewegt sich mehr.«

Letzterem werden die Servicefirmen und deren Beschäftigte freilich kaum zustimmen. Wenn man 8 Stunden den Laubbläser geschwungen hat, dürfte das Bewegungssoll auch so erfüllt sein. Davon abgesehen werden im Handbetrieb die derzeit üblichen Flächennormen schwerlich zu erfüllen sein.

Die Menschen aufklären über die wahren Ursachen, sie sensibilisieren, zum Handeln mobilisieren, um ihre innere Bereitschaft zur Überwindung der Unzufriedenheit zu wecken. Sich nicht dem dumpfen Nichtstun ergeben, sondern um die Wiederherstellung menschenwürdiger, lebenswichtiger Einfachheiten ringen. Wir wollen gewinnen, nicht Verlierer sein in diesem absurden Spiel, daß die globalisierte Welt um die Erzielung von Höchstprofiten, selbst unter Ausnutzung der Pandemie Covid-19a, treibt. Globale Digitalisierung und Monopolisierung des Wirtschafts- und Finanzkapitals sind zwei Seiten einer Medaille, die den an den Schalthebeln der Gesellschaft noch mehr Macht verschaffen sollen.

Wie sonst z.B. ist es zu erklären, daß der online-Riese »Amazon« gerade in dieser Zeit des Mangels an Arbeit von März bis Heute zur Erhöhung seines riesigen Vermögens weitere 30 Milliarden(!) Dollar hinzufügen kann? Zum gleichen Zeitpunkt rufen die Beschäftigten in 4 Filialen Deutschlands zum Streik zur Durchsetzung des Tariflohns auf.

Mit den bekannten Schmier-Mitteln des Lobbyismus werden Parteien, Gewerkschaften, Vereine und Organisationen gefügig gemacht, um keine Unruhen aufkommen zu lassen. Unter dem Mäntelchen der demokratischen Freiheiten wird das Volk mit Hilfe des Parlamentarismus zum Stillhalten verurteilt. Die gewählten »Volksvertreter« rufen im Namen der Demokratie zum Schutz des Eigentums auf, das aber längst in den Händen von nur zehn Prozent der Bevölkerung konzentriert ist. Der Masse der Bevölkerung wird das Ruhekitzen voller Läden und immer größerer »Blechkarossen« präsentiert, die aber bei eingeschränkter Bewegungsfreiheit, selbst im eigenen Land, nichts taugen. Aufgeblasene Verwaltungen und Sicherheitsorgane zum »Schutz der Demokratie«, Banken, die keine mehr sind, weil das Papier, was sie hüten, nichts mehr wert ist. Das Ausruhen auf einst Errungenem ist seit Jahren

Radeln für's Klima

Eberswalde (prest-ew). Zum fünften Mal in Folge nimmt Eberswalde vom 4. bis zum 24. Oktober am Klimaschutzwettbewerb Stadtradeln teil. Das Ziel: möglichst viele Kilometer sammeln, um damit Eberswalde eine gute Gesamtplatzierung zu verschaffen. Wegen Corona entfällt das übliche Begleitprogramm.

Mitmachen können beim Stadtradeln alle, die in Eberswalde wohnen, arbeiten, eine Schule besuchen oder einem Verein angehören. Vom 4. bis 24. Oktober können alle mit dem Rad zurückgelegten Kilometer in den Online-Radelkalender eingetragen oder direkt über die Stadtradeln-App erfaßt werden.

Unter allen Aktiven werden am Ende attraktive Preise im Gesamtwert von über 1.000 Euro verlost. Zu gewinnen gibt es 10 Stadtradeln-Fahrradtaschen für den Gepäckträger und nützliches rund um das Fahrrad.

Ein Vater in Gedanken um das Wohlergehen seiner Tochter

Aufklären und Handeln

von Andreas Gerke

Jeden Tag, wenn ich ziemlich vereinsamt, wegen der vielen Auflagen zur Corona-Suche, durch die Straßen gehe, überfallen mich die Gedanken an die mutigen, kämpferischen Revolutionäre, die, selbst im Wissen wegen ihre Tuns gefangen, gestraft und oder gar getötet zu werden, unbeirrt den langen mühsamen Lebensweg im aufrechten Gang hinter sich brachten. Sie taten es für uns in der Absicht, daß mal eine bessere Welt werde. Und wo stehen wir jetzt? Wir leben bedrängt und teilweise verängstigt durch eine Epidemie, von denen eine die Menschheit schon öfter in der Vergangenheit überzogen hat. Sind wir wehrlos und müssen wir uns Vereinsamung gefallen lassen? Wem nützt es? Darüber nachzudenken ist der Anlaß dieser, meiner Zeilen.

ad absurdum geführt, denn die Ressourcen auf der Erde geben nicht mehr her, was den erwarteten Wohlstand absichert. Unser Planet ist zu klein, um das herzugeben, was von den nach Profit strebenden von ihm abverlangt wird. Er müßte 4x größer sein (zur Zeit!).

Was bietet eine solche heruntergewirtschaftete Gesellschaft für die Zukunft?

In den 30 Jahren, für die unseren Leuten, die in der DDR lebten, blühende Gärten versprochen wurden, haben immer mehr erkannt, daß es »Potemkinsche Dörfer« waren, in denen alles wie im Schlaraffenland aussehen sollte.

Seit einigen Jahren wehrt sich dieser Planet »Erde«, dem wir für alles, was wir haben, auch zu danken haben, mehr und mehr. Er richtet sich mit seinen Naturgewalten gegen die, die ihn so zugerichtet haben, und gegen alle anderen. Da hallt der Schrei nach dem Klima! »Friday for future« läßt grüßen, aber die Antwort der von den Folgen am wenigsten betroffenen Reichen auf dieser unserer aller Erde ist mäßig.

Die Wissenschaft soll helfen. Aber welche? Allein mit Naturwissenschaften funktioniert es nicht! Hier sind eher die Gesellschaftswissenschaften gefragt, die sich ja »so gut« mit dem Zusammenleben der Menschen und ihres »vernünftigen« Verhältnisses zueinander auskennen. Oder doch nicht?

Wo ist der »Allmächtige«, der es richten könnte? In vielen schlaun Büchern kann man sich belesen. Aber welches ist das Richtige? Es sind Bücher, in denen das Wort »unser« und nicht »ich« an erster Stelle steht und in denen die Gesetze des Zusammenlebens auf Verhältnisse der gleichwertigen Menschen der Gegenwart beruhen und nicht aus Zeiten, in denen es noch den Stellvertreter Gottes auf Erden gab. Das hat nichts mit dem Glauben zu tun.

Es ist längst überfällig die 90er Generation aufzuklären, denn es geht um ihre Gegenwart und die Zukunft ihrer Kinder, daß diese nicht immer mehr an den Abgrund gerät. Sie sind es, die dringend handeln müssen, nicht die alten Zeitgeister der Kriegs- und Nachkriegsveteranen, die mit ihrem Tun bewiesen haben, daß es zu wenig war, sich nur um Essen und Trinken zu sorgen und dabei die Erde bis an den Rand ihres Untergangs getrieben haben.

Abbreckung, Tötung und Maßlosigkeit in allen Bereichen des Lebens ist und kann nicht das Maß aller Dinge sein. Im 21. Jahrhundert geht es um mehr: es geht um die Zukunft des Planeten und die auf ihm lebenden Individuen. Das Leben auf der Erde im Einklang mit der Natur ist das »Non Plus Ultra«, wenn es ein Überleben geben soll. Nur dem dient die Aufklärung. Nicht mehr und nicht weniger!

Ein Leben bis zur W(ende)

Buchlesung am 15. Oktober im Café am Weidendamm mit Eckhard Steinfurth



Auf Einladung der Ortsgruppe Eberswalde der Studiengruppen Korea Brandenburg-Berlin & Länder gibt Eckhard Steinfurth eine »Übersicht zur Arbeit der Sicherheitskräfte der DDR im gemeinsamen Kampf zum Schutz des sozialistischen Staates«.

Der 1955 in der DDR geborene Autor beschreibt in seinem Buch »Ein Leben bis zur W(ende)« seinen »etwas anderen« Lebenslauf, der ihn nach der Lehre mit Abitur, seinem dreijährigen Dienst in der Volksmarine, einem vierjährigen Hochschulstudium, einem weiteren Studium an der Komsomol-Hochschule in

Moskau und seiner Tätigkeit als hauptamtlicher FDJ-Funktionär 1983 Offizier der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS werden ließ.

Schnörkellos und anschaulich berichtet er, wie seine Entwicklung nicht ohne Reibungen, aber folgerichtig verlief. Die Lebenserinnerungen in Form einer Autobiographie zeigen neben dem alltäglichen Leben in der DDR, eingebunden in politische Ereignisse der Zeit, die unterschiedlichen Aufgaben eines Mitarbeiters und die Arbeitsweise der Abteilung VI der Hauptverwaltung Aufklärung.

Die Buchlesung findet am 15. Oktober, um 15 Uhr, im »Cafe am Weidendamm« (Schicklerstraße 4 in 16225 Eberswalde) statt. Der Unkostenbeitrag von 10 Euro enthält Pausenkaffee und eine Soljanka.

KARL DIEDRICH

Zahlendiphtherie + Maskenschizophrenie = Angstpandemie

Dr. Ulrich Pofahl hatte als Mathematiker sofort bemerkt, daß mit den vom Robert Koch-Institut gemeldeten Coronazahlen etwas nicht stimmen kann. Er enttarnete den Fehler und erläuterte das Problem (BBP 7-8/2020). Inzwischen weiß man, je mehr Leute getestet werden desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß man das, wonach man sucht, auch findet. Überraschung!

Der Zahlenguru Tierarzt Dr. Wiehler, Leiter des RKI in Berlin stellt seit Anfang des Jahres 2020 allen interessierten Medienanstalten die Zahlen der in der BRD getesteten Menschen zum Weiterverbreiten zur Verfügung. Diese Zahlen werden leider so kommentiert, daß ganz viele Menschen glauben sie würden dahingerafft, wenn sie sich nicht alle strikt an die neuen Notstandsregeln und Infektionsschutzverordnungen halten die in jedem Bundesland anders sind, genauso wie die Bußgeldkataloge zur Bestrafung der andersdenkenden, ungehorsamen Verschwörer.

Ja das Volk ist verängstigt. Es hat Angst vor Zahlen. Es hat auch Angst wegen der schrecklichen Bilder die von sämtlichen Fernsehkanälen rauf und runter geleiert werden. Boah, massenhaft Dahinsiechende auf Intensivstationen und Leichenberge, überall auf der Welt. Krass, was so ein Corona-Killervirus anrichten kann. Der wütet seit 2019 und wird deshalb Covid 19 genannt. Er ist einer von vielen aus der Gruppe der Coronaviren die schon seit eh und je gemeinsam mit den Influenzaviren Jahr für Jahr um die Erde kreisen und ihr Unwesen am liebsten dort treiben, wo es überhaupt nicht warm und kuschelig ist, wo wenig frische Luft ist und viele Menschen auf engstem Raum leben. Diese Bedingungen finden sie in vielen Industrieregionen vor.

Böse Zungen behaupten nun, alle Zahlen und Gruselbilder die über Covid 19 verbreitet werden, hätte man in jedem vergangenen Jahr genauso über Influenza-Killerviren verbreiten können – wenn man durch Testaktionen wie in diesem Jahr nach ihnen gesucht hätte. Man hätte ebenso in jedem vergangenen Jahr eine Influenza-Pandemie ausrufen müssen, weil diese Killerviren Jahr für Jahr Hunderttausende Opfer dahinflahten und -raffen, manchmal mehr, manchmal weniger als die Coronabestie. Sie sind auch in diesem Jahr nicht untätig gewesen, nur hat niemand auf Influenza getestet.

Verschwörer behaupten sogar, dieser PCR-Test von Professor Drost, oberster Regierungsberater zu Coronafragen, sei völlig ungeeignet um irgend eine Entzündung, also Infektion, also eine Erkrankung festzustellen. Der PCR Test ist hervorragend geeignet für Forschungszwecke unter Laborbedingungen, jedoch nicht als Grundlage zum Ausrufen einer Pandemie. Dieser Test ist nicht einmal validiert, was soviel heißt, daß es keine Bestätigungen durch andere Labore gibt, die einer Tauglichkeit dieses Tests, zur Bestimmung einer Infektion, zustimmen. Mit diesem Test kann man kleinste Ablagerungen von irgend etwas in jedem Körper feststellen, z.B. auch Coronapartikel, sogenannte RNA-Partikel. Partikel sagen aber nichts aus über eine Erkrankung.

Warum wurde gerade dieser Test von der Welt-

gesundheits-Organisation (WHO) anerkannt und weltweit zur Anwendung empfohlen um Infizierte Menschen zu entdecken?

Man sollte wissen, daß das Ausrufen einer Pandemie bis zum Jahr 2009 von einer hohen Übersterblichkeit abhängig war. Das heißt, wenn weltweit plötzlich viele Tote über die normale Sterblichkeit hinaus registriert werden. Dieser Fakt wurde von der WHO klammheimlich abgeändert und es wurde festgelegt, daß der rasante Anstieg von Infektionszahlen von nun an das Maß aller Dinge sei, um eine Pandemie auszurufen.

Cui bono? Wem nützt es? Bei der WHO gehen Multimillionäre und Pharmalobbyisten ein und aus. Man kann googeln welche Saubermänner und -frauen in der Führungsetage der WHO sitzen. Es geht um sehr viel Geld in dieser Organisation. Wird darum getestet, wie doll und verrückt, um Infizierte zu entdecken mit einem Test der keine Infektion nachweist? Stündlich werden Zahlen über Neuinfektionen verkündet – weltweit! Angst wird verbreitet. Die zweite Test-Welle kommt – Hilfe!! Es wird Unfriede gestiftet zwischen skeptischen, kritischen Nachdenkern und den braven Bürgern, die das glauben, was Politiker und deren Top-Berater täglich verkünden, was von den Sensationsmedien täglich verbreitet wird. Das ist unverantwortlich!!

Warum lassen sich Regierungen einseitig beraten anstatt auch die Meinungen finanziell unabhängiger Fachleute zwecks Entscheidungsfindung mit einzubeziehen? Das ist doch völlig undemokratisch! Prof. Dr. Wolfgang Wodarg, Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, das sind doch keine Verschwörer. Das sind internationale Schwergewichte in der Medizin. Diese Experten können bisher nur über Internetportale wie z.B. Rubikon oder KenFM zu Wort kommen. Es gibt tausende unabhängige Experten die wie

sie, diesen Pandemiewahnsinn mit all seinen Nebenwirkungen völlig anders bewerten als die derzeitigen Regierungsberater um Herren Drost und Wiehler. Wovor fürchtet sich z.B. die deutsche Regierung? Warum wird die Querdenken-Bewegung, welche für die strikte Einhaltung unserer Grundrechte demonstriert in die rechte Ecke hineingelogen?

Ganz böse Zungen behaupten ja, die Viruspanik sei ein Feigenblatt. Es geht um gewaltige Veränderungen auf Grund der zyklischen Krise im kapitalistischen System. Nichts funktioniert mehr. Die westliche Wertegemeinschaft sprich EU kackt ab – Brexit, Null Zins-Politik, der Ami spinnt, der Russe ist einfach zu schlau, der Chinese wird immer stärker, der Ölpreis ist im Arsch, Strafzölle, Sanktionen, Kriege, Industriestaaten sind hochverschuldet, überall wird Geld gedruckt auf Teufel komm raus. Der einzige Ausweg ist wohl tatsächlich ein geplanter Supercrash, ein Riesen-Reset. Und dann ab ins digitale Zeitalter, bargeldlos, Überwachung, Terminatorkrieger und so. Mein Gott Walter!

Nun ja, das sind sicherlich nur Spekulationen. Wir müssen das geduldig ertragen und abwarten. Man kann ja sowieso nichts machen, stimmt's Leute? Kinder werden wie immer nicht gefragt. Das Grundgesetz wird ausgehebelt. Maulkorb tragen gehört ab jetzt zur neuen Normalität. Gegenseitig anschießen sowieso, was soll's. Die unhygienischen Alltagsmasken-Herpesvirenschleudern-verschwitzten Halspickelkrawatten-Hosentaschenmaskottchen halten zwar keine Viren auf, weil die so klein sind, daß sie durch jedes Gewebe schlüpfen, aber sie sollen uns stets daran erinnern, daß wir alle schön folgsam sein müssen, denn dann ist alles schick. 90% der Bundesbürger sind angeblich einverstanden mit all den Einschränkungen weil, ...is ja allet wegen dem Virus.

ECKHARD LAURICH

Offener Brief an Landesregierung:

Photovoltaik und die Sicherung landwirtschaftlicher Flächen

Prenzlau (bbp). Bündnis 90/Die Grünen der Uckermark halten »den gegenwärtigen Investitionsdruck zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf Ackerflächen für sehr problematisch. Wir befürchten eine ähnliche Situation wie vor circa zehn Jahren, als eine zu starke Förderung von Biogasanlagen Betriebsformen entstehen ließ, die die Initiatoren der Förderprogramme nicht gemeint hatten.«

Es sei höchst unklug, schrieben der Kreissprecher Johannes Drews und die Fraktionsvorsitzende Birgit Bader im Kreistag Uckermark an Ministerpräsident Woidke und den bündnisgrünen Umwelt- und Landwirtschaftsminister Axel Vogel, das Spiel allein den »freien Kräften des Marktes« zu überlassen und nicht abzuwägen, welche Landschaftsbereiche bei der Errichtung von großflächigen PV-Anlagen zusätzlich geschützt werden müssen. »Eine langfristig angelegte und behutsame touristische Entwicklung von sehr attraktiven und dünn besiedelten Landschaften in der Uckermark verträgt sich nicht gut mit glitzernden Hügeln von industrieller Anmutung. Wir befürchten unnötige, langfristige und großräumige Schäden, die durch unbedachtes und zu schnelles Handeln entstehen.«

Die uckermärker Grünen fordert die Landesregierung auf, »schnellstmöglich ein Regelwerk zu erlassen, das es ermöglicht, attraktive Landschaftsräume zu schützen.«

Vielleicht war er etwas privilegiert, weil er in einer Zeit der schwachen Motorisierung einen Motorroller Typ Berlin fuhr. Als Sportler war er anfangs Mitglied bei der BSG Motor und dann, als die entsprechende Sektion aufgelöst wurde, bei der BSG Lokomotive Eberswalde – Sektion Boxen.

Also Hubert Fügener war ein Boxer, lange bevor die Einschaltquoten des Fernsehens auf Rekordwerte gingen, wenn die Klitschkos, Graciano Rocchigiani, Henry Maske oder der Russe Nikolai Walujew boxten. Auch die erfolgreiche Ära der DDR Boxer Michael Timm, Torsten Schmitz, Uli Kaden oder Siegfried Mehnert war noch Zukunft, als Hubert Fügener im Boxing stand. Man muß nochmals zwanzig Jahre zurückgehen, um auf den Boxer Hubert Fügener zu stoßen.

Damals wurden Städtewettkämpfe im Boxen veranstaltet. Was damals als Boxen bezeichnet wurde, kann man heute am ehesten noch mit dem olympischen Boxen vergleichen. Die Städte Bernau, Eisenhüttenstadt, Schwedt und Eberswalde, sowie die Gemeinde Tantow verfügten in ihren Betriebssportgemeinschaften über Boxstaffeln, jeweils bestehend aus etwa 20 Boxern im Junioren- und Seniorenbereich. Von denen kämpften dann so zirka alle halbe Jahre ungefähr 10 bis 14 Boxer in einer der Städte gegen Boxer der anderen Staffel in den gleichen Gewichtsklassen. Das Niveau der Kämpfe war im Wesentlichen gleich, die Boxer boten zwar gute Leistungen, aber überragend waren sie nicht. Man kann auch nicht sagen, daß die Boxstaffel einer Stadt der anderen deutlich überlegen war.

In Eberswalde fanden diese Boxkämpfe meistens Sonnabendabend im Kulturraum des RAW 8. Mai statt, der werktags als Essenraum diente. Der Kulturraum war oft ausverkauft. Nach zirka 6 Kämpfen gab es eine halbstündige Pause, in der Bockwurst und Bier gekauft werden konnte. Natürlich wurde im Kulturraum geraucht, oder besser gesagt gequalmt. Manchmal verkündete der Ringsprecher auch: »Der Sportfreund X bittet darum, daß während seines Kampfes nicht geraucht wird!« Ob das etwas genutzt hat ist fraglich.

Der Sprecher am Ring war häufig HERBERT HARTWIG. Er meisterte die Aufgabe des Rings-

Alternative Prominente in Eberswalde (Folge 3):

Hubert Fügener – Ein Sportler als Vorbild

Es war vor einigen Jahren in der lokalen Tageszeitung zu lesen, daß sich Hubert Fügener als IG Metall Mitglied um Senioren kümmert. Aber Mitglied der IG Metall zu sein reicht nicht, um als Eberswalder Original zu gelten, ebenso seine berufliche Tätigkeit. Er arbeitete wie viele in der Halle 1, dem Maschinenbau des VEB Kranbau Eberswalde.

prechers mit stets wohlklingender Stimme und Bravour. Später wurde er durch andere ersetzt.

Einmal gab es ein Vorkommnis. Zu Beginn der Boxveranstaltung wurden, wie üblich, die Ehrengäste in der Ansage einzeln begrüßt. Das waren meistens Sportfunktionäre, gefolgt von einem kurzen Applaus des Publikums. Einmal begrüßte der Ringsprecher als Ehrengast den Eberswalder Bürgermeister SCHLÖRICHKE. Statt des erwarteten Beifalls folgten ein dröhnendes Pfeifkonzert und Buh-Rufe. Als Kompensation erhielt dann der nächste, ein den Eberswaldern völlig unbekannter Sportfunktionär, nach der Ansage den doppelten Beifall. Der Posten des Bürgermeisters war offensichtlich schon immer problematisch.

Dann ging es los. Die Eberswalder Boxstaffel startete anfangs mit durchweg roter Kampfkleidung, erst später wurde das Markenzeichen schwarzes Hemd grüne Hose eingeführt. Es gab in den Gewichtsklassen unterschiedlich kämpfende Boxer. Beispielsweise war der Boxer GERHARD BOBERMIN ein viel schlagender und prügelnder Boxer, bei dessen Gegnern immer viel Blut floß. Manchmal auch bei ihm. Oder der Schwergewichtsboxer KARL SZMOLINSKY, einer, der wenig, aber kräftig schlug und später Eberswaldes berühmtester Karnickelzüchter wurde.

HUBERT FÜGENER startete in der 57 kg Klasse, also im Federgewicht. Er boxte intelligenter als seine Staffelnkameraden. Er verprügelte seine Gegner nicht, er besiegte sie, meist nach Punkten. Und er war ein fairer Boxer, bei seinen Kämpfen in Eberswalde erhielt er nie eine Verwarnung. Die von ihm gestalteten Kämpfe waren oft unblutig. Seine Kämpfe endeten selten vorzeitig. Man kann sagen, die von ihm bevorzugte Kampfweise ähnelte schon der von Henry Maske.

Hubert Fügener verlor keinen Kampf bei den Städtewettkämpfen. Seinen Sieg bei diesen Veranstaltungen konnte man einplanen.

Dennoch gab es auch hier eine Ausnahme. Einmal war die Boxstaffel von der BSG Turbine Erfurt zu Gast. Die in blauer Kampfkleidung antretenden Erfurter Boxer waren allen Eberswalder Boxern überlegen. Teilweise endeten die Kämpfe vorzeitig. So ziemlich am Ende der Veranstaltung kletterte auch Hubert Fügener in den Ring. Er lieferte einen aufopferungsvollen und beherzten Boxkampf. Die Zuschauer feuerten ihn an. Er war seinem Gegner absolut gleichwertig und boxte unentschieden. Ein Sieg wäre sicher das gerechte Urteil gewesen. Übrigens erkämpfte sein damaliger Gegner WOLFGANG HÜBNER wenige Monate später bei den Europameisterschaften als BSG Boxer den dritten Platz.

In den folgenden Jahren wurde es ruhiger um Hubert Fügener. Seine Aktivitäten konzentrierten sich nun auf die Ausbildung der jungen Boxer. Diese Tätigkeit führte er viele Jahre aus. Er war ein sehr gefragter Sparringspartner bei den zukünftigen Boxern. Dort bekamen einige von ihnen auch seinen Ehrgeiz zu spüren. Wenn er von einem Nachwuchskämpfer in Bedrängnis gebracht wurde, dann drehte er noch mal auf, und zeigte, wer der Chef im Ring ist. Trotzdem war er sehr geachtet vom sportlichen Nachwuchs – irgendwie vorbildlich.

Hubert Fügener fehlte etwas die mediale Aufmerksamkeit. Große Auftritte waren nicht seine Sache, und so verlor man ihn auch aus dem Gedächtnis der Stadt. Die Zeit von Hubert Fügener als Eberswalder Original ist vergangen, vergessen, vorüber. Aufmerksame Eberswalder Bürger können ihm gelegentlich begegnen. Hubert Fügener hat als Boxer die Stadt Eberswalde in der weiteren Umgebung bekannt gemacht und war in den Nachbarstädten von Eberswalde sicherlich bekannter als alle Eberswalder Bürgermeister. Vielleicht wird Hubert Fügener diese Geschichte lesen? Er hat die Möglichkeit dazu.

Dr. ULRICH POFAHL

Zum Thema »Straßenschäden an der L293 im Bereich Metallbau Finow« (BBP 5 und 7-8/2020) gibt es jetzt eine parlamentarische Anfrage im Brandenburger Landtag. Unser Leser GUIDO PENZ hatte das Problem dem Landtagsabgeordneten PÉTER VIDA geschildert, der daraus eine Anfrage an die Landesregierung formulierte.

»Nach der Herstellung von Schmutzwasserhausanschlüssen an der L 293 in Finow, Höhe Metallbau Finow im Jahr 2018 wurden die Aufgrabungsstellen bis heute nicht wieder abschließend wiederhergestellt«, heißt es in der Anfrage. »Es liegen bis heute Straßenschäden in Form von Absätzen vor. Verkehrsteilnehmer werden durch Ver-

Finower Straßenschäden im Landtag

kehrsschilder mit dem Hinweis 'Unebene Fahrbahn, zulässige Höchstgeschwindigkeit 10km/h' darauf aufmerksam gemacht. Nach hiesiger Information liegt dem zuständigen Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg (LS) bereits ein Angebot des zuständigen Zweckverbandes für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Eberswalde (ZWA) zur Beseitigung der Schäden vor. Mittlerweile sind jedoch mindestens 18 Monate Zeit verstrichen ohne abschließende Reparatur.«

Péter Vida fragt nun, warum die Bearbeitungszeiten für diese Bauarbeiten so lange dauern und wie lange derartige Arbeiten in der

Regel dauern. »Welche Probleme bestehen bzw. bestanden hier konkret, die eine zeitnahe Wiederherstellung der Straße verhinderten?«

Vida fragt, wann ein konkreter Umsetzungstermin benannt werden kann und bis wann diese Straße wieder vollständig hergestellt und ohne Einschränkungen befahrbar sein werde. Schließlich will er wissen, durch wen derartige Zwischenlösungen wie in Finow abgenommen und für ausreichend gut befunden werden bzw. wurden. »Handelt es sich hier um einen Einzelfall oder gibt es hier Parallelen zu anderen Landesstraßen?«

Am 13. September am Odf-Denkmal auf dem Bahnhofsvorplatz in Bernau: **Gedenken an die Opfer des Faschismus**

Von Joachim Klein*

Im September 1949 fand die erste Veranstaltung dieser Art in Berlin statt. Seit 75 Jahren gedenken wir der Opfer des Faschismus, seit 1949, als das Denkmal eingeweiht wurde, auch in Bernau. Wir erinnern an die Opfer und Geschändeten durch die menschenverachtende Nazi-Bestie und ihrer Helfershelfer.

Wir haben uns an diesem Ehrenmal in unserer Stadt Bernau versammelt, um nicht nur der Ermordeten und Helden des Widerstandes von Bernau zu gedenken, sondern allen – Russen, Franzosen, Polen, Deutsche, Menschen aus den Ländern Europas – die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus gelassen haben. Viele Tausende wurden durch das faschistische Mordregime in den Konzentrationslagern mißhandelt und ermordet, von deutschen Gerichten zum Tode verurteilt, egal ob es alte Leute oder junge Mütter, wie Lilo Herrmann und Olga Benario, waren.

Wir danken den heldenhaften Kämpfern der Roten Armee der Sowjetunion und denen der Alliierten für die siegreiche Beendigung des 2. Weltkrieges und damit auch der Befreiung der faschistischen Vernichtungslager in Deutschland und Europa. Wir bekunden mit diesem heutigen Gedenken:

- unsere internationale Verbundenheit mit allen Opfern des Faschismus;
- Unsere Bindung an den Schwur der Überlebenden des KZ Buchenwald, der u.a. lautet: *»Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«*

Diese Welt ist noch nicht verwirklicht. Darum auch unser heutiges erneutes Bekenntnis.

In diesem Ehrenmal befindet sich ein Behältnis. In ihm die Urkunde der Errichtung und Einweihung, unterzeichnet von den Vertretern der damals gesellschaftlich tragenden Kräfte in Bernau. Auf ihr ist geschrieben:

»Am 11. September 1949 dem Gedenktage für die Verfolgten und Opfer des verbrecherischen Naziregimes wurde diese Ehrenmal von der Stadt Bernau errichtet. Ehrung den Opfern – Mahnung den Lebenden – Verpflichtung den Kommenden.«

In diesem Sinne: Lassen wir nicht zu, daß Neonazis und Rechtsextreme in Deutschland



und in der Welt wieder das Sagen haben werden, tun wir alles, um diese Entwicklung in unserer Stadt nicht zu ermöglichen, sondern zu verhindern. Das sind wir den Opfern und Helden des antifaschistischen Widerstandskampfes schuldig.

Wir fordern deshalb die sofortige Wiedergabe der Gemeinnützigkeit für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BDA e.V.) durch das Finanzamt für Körperschaften 1 des Landes Berlin. Wir fordern von der Bundesregierung, insbesondere vom Vizekanzler und Finanzminister Olaf Scholz, diese Wiedergabe zu veranlassen. Die VVN-BDA ist und bleibt der älteste antifaschistische Verein in Deutschland.

* Der Verfasser des Textes Jochen Klein war verhindert, den Text selbst vorzutragen. Diese Aufgabe übernahm MICHAEL WÜNSCHE. Er begann mit den Worten: Ich bin Michael Wünsche, der Pflegesohn eines Spanienkämpfers und Verfolgten des Naziregimes und Überlebenden der KZ Dachau und Buchenwald, bis zur Selbstbefreiung und Mitglied des Internationalen Buchenwaldkomitees.

Veranstalter der Gedenkveranstaltung waren das Territoriale Bündnis Bernau und Umgebung. JOACHIM KLEIN wurde 1935 in Breslau geboren und lebt seit vielen Jahrzehnten in Bernau. Von 1979 bis 1990 war er Bernauer Bürgermeister. Im Barnimer Kreistag saß er zwischen 1993 und 2008 saß er im Barnimer Kreistag. Von 2012 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Barnimer Seniorenbeirat im Jahr 2016 war er als dessen Vertreter im Barnimer Sozialausschuß aktiv.

Der Löwenzahn ist ein Held

Im Gedenken an Stephan Trepte

*Abseits von der Autobahn
und mitten durch ein Feld
führt ein schmaler Weg dahin
die Äcker sind bestellt*

*Erntewagen haben
ihre Spuren eingegraben
und dazwischen leuchtet gelber Löwenzahn
wie ein Teppich, um auf ihm ins Dorf zu fahr'n*

*Als ich später wiederkomme
suche ich den Weg
Doch ich finde ihn nicht mehr
Asphalt ist aufgeklebt*

*Eine lange graue Straße führt bis hin zum Ort
daß die Wagen schneller rollen fort und fort
unterm Asphalt ist der Löwenzahn verdorrt*

*Gestern aber kam ich wieder
einmal da entlang
Wie vergessen lag der Asphaltweg
vom Regen blank*

*Eine neue Straße hat ins Dorf sich aufgetan
denn die alte Straße fing zu bröckeln an
durch die Fugen nagt sich gelb der Löwenzahn*

*Seht der Löwenzahn
seht er ist ein Held
Seht der Löwenzahn
nichts schlägt ihn aus dem Feld*

Am 22. Juli 2020 starb Stephan Trepte in Panketal. Zwei Tage nach seinem 70. Geburtstag. Bekannt wurde er als Sänger von ELECTRA, LIFT und schließlich der Magdeburger Band REFORM, für die er die meisten Stücke komponierte, wie *»Der Löwenzahn«* (Text: Ingeborg Branoner), veröffentlicht im Jahr 1981 auf der gleichnamigen Amiga-LP von REFORM.

Rentensprechstunde

Die nächste Rentensprechstunde der Volkssolidarität in Eberswalde findet am Mittwoch, dem 7. Oktober, von 10 bis 12 Uhr in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) statt. Der Arbeitskreis *»Brandenburgische Rentnerinitiative«* gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen.

Die Rentensprechstunde findet derzeit **nur auf Anmeldung** statt. Anmeldung bitte bei Frau Nikitenko unter Telefon 03338/8463.

ANDREA HOEHNE

»Von Akkord & Planwirtschaft zur Marktwirtschaft«

Das Kulturrat der Stadt Eberswalde lädt zum 3. Wende-Talk der gleichnamigen Veranstaltungsreihe 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution 1989 und der Deutschen Einheit 1990 ein. Der Wendetalk findet am 9. Oktober, von 18 bis 19 Uhr im Haus Schwärzetal, Weinbergstraße 6a, statt. Einlaß ist ab 17.30 Uhr.

Mit den anerkannten Wirtschaftsexperten Dr. HANS MODROW (ehem. Ministerpräsident der DDR), Prof. Dr. Dr. KARL DÖRING (ehem. EKO Stahl), KARL GLAWION (Metallbau),

KLAUS DIETZE (Fördertechnik), RAINER BRAHM (Bamos) und SEBASTIAN KÜHN (Eberswalder Würst), moderiert von Prof. Dr. JÖRN MALLOK (HNEE), soll in einer Gesprächsrunde darüber diskutiert werden, wie Eberswalder Unternehmen in den letzten 30 Jahren den Übergang von der Plan- in die Marktwirtschaft meistert haben. Die hochkarätigen Führungskräfte, die aus ihren persönlichen Erfahrungen berichten werden, können auf exzellente Weise die wirtschaftspolitische mit der betrieblichen

Ebene verknüpfen. Dabei geht es unter anderem um folgende Fragen: Welche der grundlegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1990 waren für Unternehmen förderlich, welche hinderlich? Hätten Bartergeschäfte ostdeutschen Betrieben die erforderliche Zeit zur erfolgreichen Sanierung gegeben und Beschäftigung gesichert? Wie sind ihre Perspektiven, um weiterhin für gesellschaftlichen Wohlstand zu sorgen?

Auf www.eberswalde.de, You Tube oder Facebook kann der Talk am 9. Oktober mittels Live-Stream verfolgt werden.

Innovationen in der Kommunalpolitik:

Baulandsparende Grünflächen

Über 100 Jahre ist es her, als es auf der Südseite der heutigen Friedrich-Ebert-Straße eine Wiese gab. Jetzt gibt es WIESE – den Bäcker - schräg gegenüber. Zwanzig Jahre ist es her, als das letzte Betonklotz-Highlight in der Friedrich-Ebert-Straße errichtet wurde. Die Evolution fordert geradezu als Meilenstein städtischer Nachwendekastenarchitektur und menschlichen Tatendrangs, die Friedrich-Ebert-Straße Süd durch ein weiteres Vorzeigobjekt zu ergänzen.

Nun liegen drei Entwürfe vor, alles Demonstrationsobjekte der Betonindustrie, um zu zeigen, Beton ist gar nicht so schlecht wie der beim Autobahnbau eingesetzte. In der Nähe der grünsten HNE, sehen nun manche den grauen Beton als Problem. Man möchte gerade im Zeitalter von Greta und der Klimakatastrophe gerne, daß das Ganze so wird, wie sich heutzutage der Wald darstellt und wie sich auch eine Partei benennt, deren Charakteristik die Ignoranz von Naturgesetzen ist (die Farbe braun ist nicht gemeint).

Nun ergibt sich die Chance, Eberswalde als einstige Waldstadt wieder ins Gespräch zu bringen. In Zusammenarbeit mit der benachbarten HNE könnte man die Nordfassade des zu bauenden Betonklotzes mit einem kleinen Wald bedecken. Ein entsprechender Pilotversuch mit waagrecht wachsenden Bäumen an einer senkrechten Hausfassade läuft gerade in

der Weinbergstraße. Dabei entsteht eine völlig neue Situation. Kein Waldgesetz der BRD kennt einen senkrechten Wald mit horizontal wachsenden Bäumen. Man kann also sämtliche Rücksichten fallen lassen.

So ein senkrechtes Wäldchen benötigt weniger Platz. Kein wertvolles Bauland in der Stadt wird verschwendet. In einem senkrechten Wald gibt es kein Wild und demzufolge auch keine Wildschweine, die die afrikanische Schweinepest verbreiten. Sollte es noch gelingen den Baumwuchs irgendwie zu kastrieren, daß also keine Früchte an den Bäumen wachsen, wie es auch das Logo der HNE zeigt, hat man einen weiteren Erfolg zu verzeichnen. Es entstünde keine Sauerei durch herabfallende Samen. Und wenn diese Bäume eines Tages gefällt werden müßten, dann braucht man keine Pferde zum Rücken des Holzes und demzufolge würden auch keine Pferdeäppl auf die Straße plumpsen. In Anlehnung an das Park Inn Hotel am Berliner Alexanderplatz könnte man auch als Miniattraktion das Abseilen vom Dach des Betonklotzes anbieten, was hier weniger abenteuerlich wäre als am Park Inn in Berlin. Die waagerechten Bäume würden das Angstgefühl des Absteigenden minimieren, wenn er angeschnallt der Schwerkraft ausgesetzt durch das Wäldchen marschiert. Mit dieser Attraktion wäre auch der geforderte Platz zum Verweilen im Grünen gewährleistet.

Schließlich könnte die HNE noch den Flachförster für senkrechte Wälder mit waagerechten Bäumen ausbilden, unterteilt in Förster für Nordseiten und für Südseiten. Dann hätte man neben Ost- und Westförster noch den Nord- und Südförster und wäre einen Schritt weiter zum gemeinsamen Förster der deutschen Einheit.

Dr. PAUL WITZLOS

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

17. PROVINZIALE:

Das Filmfest Eberswalde

10. bis 17. Oktober im Haus Schwärzetal

Mit Filmen aus 17 Ländern macht die Provinziale ihrem internationalen Charakter auch in diesem Jahr wieder alle Ehre. Wir begleiten Frauen in der südlichen Türkei beim Theaterspielen, besuchen die Robinson-Crusoe-Insel in Südamerika und erhalten Einblick in das Leben Belorußlands oder Kirgisistans. Auch die eigene Region kommt nicht zu kurz, Filme führen uns ins Oderbruch oder nach Mecklenburg. Das Heimatfenster präsentiert dieses Mal alte Stadtansichten Eberswaldes, die einen ob ihrer Fülle und Vielfalt in Erstaunen versetzen können.

Karten im Vorverkauf gibt es in der Eberswalder Tourist Information sowie im BBG Kundencenter in der Friedrich-Ebert-Straße. Online können die Karten unter provinziale.de und bei Tickettoaster erworben werden. Eine Eintrittskarte kostet 8, ermäßigt 5 Euro. In diesem Jahr haben wir nur ca. 90 Plätze zur Verfügung. Statt Festivalpässe bieten wir diesmal 5er und 10er Karten zu ermäßigten Preisen von 32/20 Euro bzw. 56/35 Euro an.

SASCHA LEESKE und KENNETH ANDERS

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 30. September 2020

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. November 2020.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (Selbsteinschätzung)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 9 EURO pro Jahr** erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)